



KFIBS-Online-Reihe „Universitäre Seminar- und Abschlussarbeiten“, Nr. 1, 7/2017

Wie haben sich die iranisch-saudischen Beziehungen seit der Islamischen Revolution 1979 entwickelt? – Eine Untersuchung der Konfliktursachen und der beiderseitigen Hegemonialbestrebungen¹

Von Dilara A. Fuchs²

fuchsdilara@gmail.com

– Juli 2017 –

Kontakt **KFIBS e. V.**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland),
E-Mail: info@kfibs.org, URL: www.kfibs.org

¹ Letzter Bearbeitungsstand der Studie: 15. Februar 2017.

² Dilara Anna Fuchs B. A., geboren 1992 in Herdecke (NRW), studierte von Oktober 2013 bis September 2016 im Rahmen eines Bachelorstudienganges Politik und Gesellschaft sowie Islamwissenschaft und Nahostsprachen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Im Jahr 2016 schloss sie ihr Bachelorstudium (sog. Zwei-Fach-Bachelor) mit dem akademischen Grad „Bachelor of Arts (B. A.)“ ab. Zusätzlich verbrachte sie im Rahmen eines Erasmus-Stipendiums von September 2015 bis Januar 2016 einige Monate an der TED University in Ankara, Türkei. Die Forschungsinteressen von Dilara A. Fuchs sind wie folgt: die Situation von Minderheiten sowie deren Verhältnis zur Zentralgewalt mit Blick auf die Staaten Afghanistan, Iran, Irak und die Türkei; bilaterale Beziehungen der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens wie z. B. die syrisch-türkischen oder die iranisch-saudischen Beziehungen (mit Schwerpunkt auf der Analyse zwischenstaatlicher Konflikte); die Flüchtlingssituation in den nordafrikanischen Staaten. Die vorliegende Studie ist eine überarbeitete, ergänzte und aktualisierte Fassung der Bachelorarbeit der KFIBS-Gastautorin, die sie unter dem Titel „Wie haben sich die iranisch-saudischen Beziehungen seit der Islamischen Revolution entwickelt? Untersuchung der Konfliktursachen und beidseitiger Hegemonialbestrebungen“ im Jahr 2016 an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn eingereicht hatte.

* * *

1. Einleitung

Terrorismus, Extremismus, Umwälzungsprozesse und Stellvertreterkriege: Diese Schlagwörter tauchen in der medialen Berichterstattung über den Nahen Osten³ und Nordafrika immer wieder auf. Zur Verschlechterung der Lage trugen u. a. der Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien 2011 sowie die Machtkämpfe der radikalislamistischen⁴ Terrorgruppe, die sich selbst „Islamischer Staat“ (IS) nennt, bei. Die im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings stattfindenden Proteste wurden zunächst sehr positiv bewertet und führten dennoch in vielen Ländern nicht zu den erwünschten Demokratisierungsprozessen. Stattdessen ist seit 2011 eine zunehmende Eskalation und Konfessionalisierung der regionalen Konflikte zu beobachten. Diese Situation ist nicht nur Ergebnis der jüngsten Entwicklungen. So ist beispielsweise die Lage im Irak seit 2003 immer wieder prekär – und auch in Afghanistan konnte bisher kein dauerhafter Frieden hergestellt werden.

Angesichts dieser Herausforderungen stellt sich neben der Frage der Positionierung internationaler Akteure auch die Frage der Rolle der Regionalmächte. Hierbei geraten insbesondere die Islamische Republik Iran und das Königreich Saudi-Arabien in die nähere Betrachtung. Die Außenpolitik beider Staaten ist gekennzeichnet von einem Hegemoniestreben. Aufgrund ihrer flächenmäßigen Größe, ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihrer jeweiligen Geschichte wurden beide Staaten bereits in den 1960er-Jahren von westlichen Vertretern tendenziell als „regionale Führungsmächte“

³ Diese Bezeichnung wird typischerweise für die Länder verwendet, die sich zwischen Ägypten und dem Iran befinden. Auch die Golfstaaten schließt das mit ein. In die vorliegende Studie sollen auch Afghanistan und Pakistan mit einbezogen werden. Die Staaten westlich von Ägypten werden unter „Nordafrika“ zusammengefasst.

⁴ Islamismus als Strömung bezeichnet Bestrebungen einer Gruppe, einen Staat und seine Gesellschaft, Politik und Kultur umfassend nach islamischen Werten und Normen umzugestalten (vgl. SEIDENSTICKER 2014).

bezeichnet. Nicht ohne Grund waren beide Staaten zu dieser Zeit die Hauptpfeiler US-amerikanischer Politik im Nahen Osten.

Mit dem Ausbruch der Islamischen Revolution des Jahres 1979 im Iran änderte sich aber dieses Machtgleichgewicht. War die Rivalität zuvor stärker an anderen Bereichen abzulesen, wie z. B. am Militär, so trat mit der Transformation des Iran in eine Islamische Republik die Rolle der Religion und der religiöse Führungsanspruch beider Staaten in den Vordergrund. Die bilateralen Beziehungen verschlechterten sich deutlich mit Beginn des Ersten Golfkrieges (1980-1988). Dennoch war das Verhältnis nicht nur von Konflikten geprägt. So gab es in den 1990er-Jahren auch vereinzelte Annäherungsversuche zwischen beiden Staaten. Die regionalen Entwicklungen seit 2003 trugen jedoch zu einem erneuten Aufflammen der beiderseitigen Rivalität bei. In der Konsequenz konnten beispielsweise radikale Gruppierungen erstarken, die teilweise Unterstützung aus dem Iran oder aus Saudi-Arabien erhalten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, von welcher zentralen Bedeutung die Beziehung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien für die regionale Sicherheit im Nahen Osten ist. Ferner spiegeln sich die divergierenden Interessen beider Mächte in den Konflikten in Bahrain, im Irak, in Jemen und in Syrien wider, weshalb diese auch als sogenannte Stellvertreterkriege bezeichnet werden.

1.1 Zur Aktualität des Themas

Eine Reihe von Vorfällen erregte in jüngerer Zeit große mediale Aufmerksamkeit. Viele Kommentatoren sprachen sogar von einer Eskalation des iranisch-saudischen Verhältnisses. Im September 2015 kamen zahlreiche Pilger während einer Pilgerfahrt in Saudi-Arabien ums Leben. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Hundert Iraner. Es folgten gegenseitige Schuldzuweisungen und öffentliche Diffamierungen. Es kam zu einer Zäsur: Im Januar 2016 folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Riad und Teheran. Die Beziehungen wurden von saudischer Seite für beendet erklärt. Zuvor hatten Protestierende die saudische Botschaft in Teheran attackiert als Reaktion auf die Ermordung des schiitischen Gelehrten Nimr Bāqir Amīn an-Nimr in Saudi-Arabien.⁵

⁵ Vgl. ZEIT ONLINE 2016: <http://www.zeit.de/politik/2016-01/saudi-arabien-hinrichtungen-proteste-sunniten-schiiten> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

Auch die erneute Annäherung der Saudis an die iranische Exilopposition Muğāhedīn-e Ḥalq im Juli 2016 in Paris führte zu Auseinandersetzungen.⁶ Die Saudis verfolgen zunehmend einen aggressiven außenpolitischen Kurs und versuchen, verstärkt Druck auf den Iran auszuüben. Auch in konservativen iranischen Kreisen wird eine härtere Linie gegenüber dem Königreich Saudi-Arabien gefordert. Andere hingegen sind um Deeskalation bemüht, wie z. B. die Verurteilung des Vorfalls in der saudischen Botschaft durch den iranischen Präsidenten Ruḥānī verdeutlicht. Als Konsequenz der Erfahrungen aus dem Vorjahr wurde für die Ḥağğ 2016 ein Ausschluss iranischer Pilger angeordnet. Dies führte erneut zu scharfen Vorwürfen auf beiden Seiten und entfachte alte Streitereien über die Wahrhaftigkeit als Muslime.

Die Einbuße der politischen und militärischen Macht Saudi-Arabiens lassen sich derzeit an drei Ereignissen festmachen: Die Wahl des Ḥizbollāh-nahen Mišāl ‘Awn zum Präsidenten im Libanon, der Rückzug des saudischen Botschafters aus dem Irak sowie die militärischen Lagen in Syrien und im Jemen verdeutlichen die Schwäche der Saudis. Der iranische Standpunkt in der Region wird zum Zeitpunkt der Überarbeitung dieser Studie als einflussreicher gewertet als noch zuvor. Die iranischen Revolutionsgarden unterhalten u. a. Verbindungen zu den schiitischen Milizen im Irak und zur Ḥizbollāh in Palästina, die wiederum al-Asad in Syrien unterstützt und zum erneuten Machtzuwachs von ihm beiträgt.⁷

1.2 Zum Aufbau und zu den Quellen der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit sollen die Ursachen für den Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran untersucht sowie die beiderseitigen Hegemonialbestrebungen erörtert werden. Dies wirft folgende Fragen auf:

- Wie haben sich die Beziehungen der beiden rivalisierenden Mächte seit der Islamischen Revolution 1979 entwickelt? Und durch welche Faktoren und Ereignisse wurden diese bisher bestimmt?

⁶ Vgl. SADEGHI, Fereshteh (2016): Is Saudi Arabia really seeking regime change in Iran? *Al-Monitor: The Pulse of the Middle East*. In: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/07/iran-saudi-arabia-turki-faisal-mek-convention-regime-change.html> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

⁷ Vgl. RIEDEL, Bruce (2016): Saudi Arabia losing ground to Iran. *Al-Monitor: The Pulse of the Middle East*. In: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/11/saudi-arabia-lose-ground-iran-iraq-lebanon-aoun-irgc.html#ixzz4YUIZJsEv> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

- Worin liegen deren Interessenskonflikte begründet?
- Wie wirkt sich das konfliktäre Verhältnis zwischen den beiden Mächten auf die regional- und sicherheitspolitischen Entwicklungen aus? Und welche innenpolitischen Gründe können für die Rivalität angeführt werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen sollen im Folgenden zunächst der Iran und Saudi-Arabien gesondert betrachtet werden. Hierbei wird der Fokus auf die jeweiligen Formierungsprozesse, die Rolle der Gelehrten, die außenpolitischen Prinzipien beider Länder sowie die Rolle der religiösen Minderheiten gelegt. Letzteres spiegelt den außenpolitischen Konflikt zwischen dem schiitisch dominierten Iran und dem wahhabitisch geprägten Saudi-Arabien innenpolitisch wider, da in beiden Ländern von der dominanten Konfession abweichende Minderheiten leben.

Im Falle des Iran wird vor allem die Gründung der Islamischen Republik thematisiert sowie die Transformation der Außenpolitik nach 1979 mit besonderem Schwerpunkt auf dem Konzept des iranischen Revolutionsexports. Hierfür werden u. a. das 2016 erschienene Werk „Irans Führungsanspruch (1979-2013)“ von Oliver Borszik, „Independence without Freedom“ von R. K. Ramazani aus dem Jahr 2013 und eine Studie „Dritte Welt, globaler Islam und Pragmatismus“ von Walter Posch, Iran-Experte und früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), ebenfalls aus dem Jahr 2013, herangezogen. Borszik geht vor allem auf den Entwurf des islamischen Staates und die Entwicklung der islamischen Führungsrolle ein. Er erörtert die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Politik unter den verschiedenen iranischen Präsidenten. Dabei versucht er, ein breites Meinungsbild wiederzugeben, indem er konservative und pragmatische Ansichten erläutert und Konzepte aus militärischer, wirtschaftlicher und politischer Perspektive beleuchtet. Ramazani legt den Schwerpunkt besonders auf die revolutionäre Außenpolitik des Iran, indem er den Revolutionsexport, die zugrunde liegende Ideologie und die Herausbildung pragmatischerer Ansichten darstellt. Posch thematisiert ergänzend die außenpolitischen Institutionen und die neueren Entwicklungen in der Außenpolitik der Islamischen Republik Iran. Zur Rolle der Minderheiten im Iran sind das Werk „Religious Minorities in Iran“ (2000) von Eliz Sanasarian sowie der Sammelbandbeitrag „Ethnicity and Religious Minority Politics in Iran“ (2009) von Nayereh Tohidi recht aufschlussreich.

Im Anschluss an das Kapitel über den Iran werden die Entstehung des Königreichs Saudi-Arabien, der Wahhabismus und der saudische Anspruch auf regionale Führung dargestellt. Dabei dienen primär die 2014 veröffentlichte Dissertation von Menno Preuschaft „Religion, Nation und Identität“, „Religion und Staat in Saudi-Arabien“ von Guido Steinberg aus dem Jahr 2002 und der 2010 erschienene Sammelband „Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?“ von Ulrike Freitag (Hg.) als Grundlage. Preuschaft gibt die Grundzüge und Prinzipien der wahhabitischen Lehre eingehend wieder, erläutert das Verhältnis zu Nichtwahhabiten und illustriert die Inhalte des „Nationalen Dialogforums“ in Saudi-Arabien. Steinberg betrachtet die Entwicklung des Wahhabismus aus historischer Perspektive, thematisiert den Vorgang der Wahhabisierung des saudischen Herrschaftsgebietes und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Rolle der Religionsgelehrten. Der Sammelband von Freitag gibt ein umfangreiches Bild über Saudi-Arabien sowie die saudische Politik und Gesellschaft wieder. In den Beiträgen des Bandes werden u. a. die Pilgerfahrt, Reformprozesse, Geschlechterpolitik, die Arbeitsmigration oder die Rolle der schiitischen Minderheiten thematisiert. Besonders die letztgenannte Thematik wird von Christoph Dinkelaker aufschlussreich dargeboten und dient als Grundlage für den Abschnitt über die Situation der Schiiten in Saudi-Arabien.

Im letzten Kapitel werden die geopolitischen Entwicklungen zwischen beiden Mächten im Hinblick auf die bilaterale Rivalität beschrieben – beginnend in den 1980er-Jahren und endend in der aktuellen Situation. Dabei wird der Fokus auf die zunehmende Konfessionalisierung seit 2003 gelegt, die mithilfe der Erkenntnisse aus Kapitel 2 und 3 erläutert werden. Für einen Überblick über die historischen Entwicklungen bis zur „2000er-Wende“ eignen sich „Iran’s Rivalry with Saudi Arabia between the Gulf Wars“ von Henner Fürtig aus dem Jahr 2002 und das 1996 erschienene ADELPHI-Paper „Iran-Saudi Arabia Relations and Regional Order“ von Shahram Chubin und Charles Tripp. Hier werden die Ereignisse aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Perspektive wiedergegeben, die Beziehungskonstellationen beschrieben sowie die vorherrschenden Ansichten im Iran und in Saudi-Arabien näher erläutert.

Neuere Werke über die iranisch-saudischen Beziehungen sind „Saudi Arabia and Iran: Soft Power Rivalry in the Middle East“ von Simon Mabon aus dem Jahr 2013 und „Foreign Policy in Iran and Saudi Arabia: Economics and Diplomacy in the Middle East“ von Robert Mason aus dem Jahr 2014. Beide ergänzen die Analyse des iranisch-

saudischen Verhältnisses mit den neuen Dynamiken seit 2003 und untersuchen die Beziehungen gesondert unter historischen, ideologischen, konfessionellen, ethnischen und politischen Gesichtspunkten. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Außenpolitik beider Staaten. Der Sammelband von Sigrid Faath (Hg.) „Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost“ aus dem Jahr 2010 dient besonders für die Untersuchung der zunehmenden Konfessionalisierung als Grundlage. In dem Band werden die religiösen Ursprünge des sunnitisch-schiitischen Konflikts thematisiert und die Bedeutung dessen in der Politik des Iran und der arabischen Staaten hervorgehoben. Die konfessionellen Differenzen werden in den Beiträgen des Bandes anhand von Länderstudien veranschaulicht.

1.3 Einige sprachliche Anmerkungen

In der vorliegenden Studie werden die originalsprachigen Begriffe aus dem Arabischen und Persischen nach den Regeln der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) transkribiert. Zur Vereinfachung des Schreibens und Lesens werden die gebräuchlichsten Begriffe, Ländernamen, bekannte Persönlichkeiten und Politiker (z. B. Khomeini), geläufige Städtenamen (z. B. Riyadh) und weitere oft zitierte Begriffe (z. B. Shah, Ayatollah, Imam, Jihad oder Shia) im Verlauf der Studie nicht durchlaufend transkribiert. Hier lehnt sich die Autorin an die englische Schreibweise an, da ein Großteil der Literatur englischsprachig ist und viele der Begriffe in der Öffentlichkeit in ihrer englischen Version bekannt sind. Begriffe wie „Wahhabismus“ oder „Schiismus“ bzw. „Schiitentum“ sind deutsche Wörter und werden als solche gebraucht.

2. Der Iran

Die Islamische Revolution von 1979 gilt als einschneidendes Ereignis, sowohl in der jüngeren Geschichte des Iran als auch in der des Nahen und Mittleren Ostens. Sie zog eine umfassende Umstrukturierung und Verlagerung der regionalen Machtstrukturen und -bündnisse nach sich; ihre Auswirkungen in der Region sind bis heute spürbar. Darüber hinaus beeinflusste die Islamische Revolution im Iran das Verhältnis zwischen Teheran

und Riad nachhaltig. Im Folgenden soll eine kurze Übersicht über die Politik unter der Pahlavī-Dynastie im Iran gegeben werden, die maßgeblich den Weg für die Islamische Revolution von 1979 geebnet hatte. Daran anschließend werden die Revolution und die Formierung der Islamischen Republik dargestellt.

2.1 Vom Shah zur Revolution

Von 1925 bis 1979 herrschte mit Ausnahme von 1951 bis 1953⁸ die Pahlavī-Dynastie im Iran. Unter dieser wurde eine Säkularisierung und Modernisierung der iranischen Gesellschaft angestrebt, die sich mitunter an das Vorbild des türkischen Kemalismus anlehnte. Shah Rezā wie auch sein Sohn Moḥammad Rezā verfolgten hierbei eine Politik, die eng an die US-amerikanische Politik in der Region gebunden war. Der Iran war ein wichtiger Pfeiler in der amerikanischen „twin-pillar policy“. Auch die Innenpolitik war stark am Westen orientiert. In dieser Hinsicht lassen sich das Schleierverbot, das gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter oder die Zurückdrängung des religiösen Rechts als „Verwestlichungsversuche“ von oben bezeichnen. Durch diese und weitere Maßnahmen wurde die Geistlichkeit (‘ulamā’) in eine untergeordnete Rolle gedrängt, ihre Macht und ihr Einfluss wurden deutlich eingeschränkt. Es kam zur Entfremdung weiter Teile der ländlichen und traditionellen Bevölkerung von der Politik des Shah. Hinzu kamen ein repressiver und diktatorischer Politikstil sowie eine zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungsteile bei zeitgleichem übermäßigem Hang des Shah und der oberen Bevölkerungsschichten zu Prunk. Die sozialen Diskrepanzen im Land verstärkten sich dadurch noch weiter. Die im Zuge der sogenannten Weißen Revolution (enqelāb-e sefid) lancierten Landreformen, die Wirtschaftswachstum hervorbringen sollten, verfehlten jedoch ihre Wirkung und riefen den wachsenden Widerstand der Geistlichkeit sowie der Großgrundbesitzer hervor. Die sozialen Disparitäten, das Aufoktroyieren westlicher Verhaltens- und Rechtsregeln, die repressive Diktatur sowie der proamerikanische Politikkurs des Shah lassen sich an dieser Stelle zusammenfassend als einige der vielzähligen Gründe für die Islamische Revolution im Iran nennen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung kulminierte im Ausbruch von

⁸ Oppositionsbewegung unter Moḥammad Moṣṣadeq, welche die Unabhängigkeit des Iran und die Verstaatlichung des iranischen Öls forderten. Von 1951 bis 1953 war dieser Premierminister, bis er durch einen von den USA und Großbritannien initiierten Putsch abgesetzt wurde und Moḥammad Rezā die Macht übernahm (JAFARI 2010: 62-67).

Protesten 1977, die bis Ende des Jahres 1978 zu Streikwellen im gesamten Land führten. Einen Monat später, im Januar 1979, sah sich der Shah zur Flucht gezwungen und verließ den Iran. Im Anschluss daran übernahmen die revolutionären Kräfte die Macht. Zum Verständnis der nachfolgenden Entwicklungen sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass die Revolutionären keine homogene Masse bildeten, sondern aus unterschiedlichen Lagern kamen (FÜRTIG 2002: 1-8; JAFARI 2010: 59-89; RAMAZANI 2013: 13-15, 36-39, 83).

2.2 Der schiitische Klerus und die Formierung der Islamischen Republik

Die überwiegende Mehrheit der Geistlichkeit im Iran war traditionell eher quietistisch, also unpolitisch gewesen. Diese Haltung wurde vor allem von dem Leiter des schiitischen Gelehrtenzentrums in Qom, Ayatollah Moḥammad Ḥossein Borūğerdī, repräsentiert. Auch Ayatollah Ruhollāh Mūsavī Khomeinī (hiernach: Khomeini), welcher der geistliche Führer der Revolution im Iran werden sollte, unterrichtete in Qom. Seine Kritik am Shah konnte er erst mit dem Tod Borūğerdīs vollständig umsetzen, da es zuvor zu Differenzen zwischen den beiden hinsichtlich der politischen Involvierung gekommen war. Bereits Mitte der 1940er-Jahre hatte Khomeini eine Schrift, die den Titel „Enthüllung der Geheimnisse“ (kašf al-asrār) trägt, verfasst, in der er die Idee eines modernen islamischen Staates formulierte, die den Rechtsgelehrten die politische und gesetzliche Kontrolle im Staat zusprach. Einer der ersten schiitischen Theologen, der die Idee einer „islamischen Herrschaft“ (ḥokūmat-e eslāmī) propagierte, war auch Moḥammad Navvāb-Safavī gewesen, Gründer der islamistischen Gruppe Fedā'iyān-e Eslām. Auch er hatte Entwürfe eines islamischen Staates skizziert, bei denen es sich allerdings noch um eine von der Geistlichkeit kontrollierte Monarchie handelte. Die Monarchie als Regierungsform lehnte Khomeini später entschieden ab. Die Hauptkritik Khomeinis am Shah umfasste dessen Kooperation mit den USA und das Alleinherrschaftssystem; seine Kritik wurde im Zuge der „Weißen Revolution“ nochmals intensiviert. Das Gelehrtenzentrum in Qom erfuhr daraufhin Repressionen durch die Staatsgewalt. Khomeini wurde 1963 inhaftiert und ein Jahr später ins Ausland – in die Türkei – verbannt. Von dort aus immigrierte er ins irakische Nağaf. Während seiner Exilzeit wurde die Idee der politischen Šī'a (hiernach: Shia) und die schiitische

Revolutionsideologie erweitert, u. a. von ‘Alī Šarīatī oder Mortaza Moṭahhari, stieß jedoch auch weiterhin auf scharfe Kritik. BORSZIK (2016: 22) führt als weitere Denker zudem Maḥmūd Ṭāleqānī und Moḥammad Ḥosseinī Beheštī an. In einer Vorlesungsreihe in Nağaf Anfang 1970 begann Khomeini, die Idee der Herrschaft bzw. „Vormundschaft des Rechtsgelehrten“ (velāyat-e faqīh) öffentlich zu propagieren. Die Ansprachen erreichten auch die iranische Gesellschaft. Sein schiitisches Herrschaftskonzept basierte auf dem Gedanken, dass durch einen qualifizierten Vertreter der Geistlichkeit verschiedene Formen staatlicher Gewalt auch von einer islamischen Regierung übernommen werden könnten. Er sprach dabei vom Rechtsgelehrten im Singular. Mit dieser Sichtweise nahm er zunehmend und entschieden Abstand von der quietistischen Haltung der Mehrheit der schiitischen Geistlichkeit (BORSZIK 2016: 22-27; SEIDENSTICKER 2014: 59-66).

Bevor im Anschluss Khomeinis Konzept weiter ausgeführt werden soll, ist es an dieser Stelle hilfreich, einen kurzen Überblick über die Entstehung der Shia zu geben. Vor diesem Hintergrund kann der schiitische Glaube an den erlösenden Mahdī nachvollzogen werden, an den auch Khomeini anknüpfte. Die Entwicklung der Shia geht auf die frühislamische Auseinandersetzung hinsichtlich der Frage nach dem rechtmäßigen Nachfolger des Propheten Muḥammad und nach der Führung der „Gemeinschaft aller Muslime“ (umma) zurück. Die ersten drei Kalifen Abū Bakr, ‘Umar und ‘Uṭmān, die nach Muḥammad die Gemeinde anführten, werden von den Schiiten nicht als rechtmäßige Nachfolger anerkannt. Für sie gilt das sogenannte Nasab-Prinzip des nächsten Verwandten, weshalb sie nur ‘Alī b. Abī Ṭālib als legitimen und rechtmäßigen Nachfolger des Propheten akzeptieren. Der dritte schiitische Imam nach dem Propheten und ‘Alī war Ḥusayn, der in der Schlacht von Karbalā’ (hiernach: Kerbela) im Jahr 680 n. Chr. starb und auf dessen Tod sich die schiitischen ‘Āšūrā’-Zeremonien beziehen. Nach dem Tod des elften schiitischen Imams, Ḥasan b. ‘Alī al-‘Askarī, gab es gemäß der schiitischen Vorstellung keinen direkten Nachfolger und erfahrbaren Imam mehr. An dieser Stelle setzt der Glaube an die Abwesenheit des zwölften Imams an, der in die Verborgenheit übergegangen sein soll und erst am Tag des Jüngsten Gerichts als Erlöser (Mahdī) zurückkehrt. In der Auseinandersetzung über diese Vorstellung hat sich die schiitische Glaubensgemeinschaft selbst noch einmal in verschiedene Glaubensrichtungen gespalten, so z. B. in die Zwölfer-Schiiten, die Ismailiten oder die Zaiditen (FAATH 2010a: 11-17; MABON 2013: 45-46).

Auch Khomeini bezog sich auf den Glauben der Verborgenheit des zwölften Imams. In seinem Konzept der Velāyat-e Faqīh soll der herrschende Rechtsgelehrte Vormund der Gläubigen sein und während der Abwesenheit des Mahdī stellvertretend die politische Regierungsverantwortung übernehmen. Er soll den Vorgang der Befreiung der Schiiten aus der Unterdrückung bis zur endgültigen Ankunft des Mahdī begleiten. Khomeini knüpfte damit an das kollektive Gedächtnis der Iraner an, als Schiiten eine unterdrückte Glaubensgemeinschaft (muḥarram, ‘āšūrā’) zu sein, die auf die Erlösung durch den Mahdī hoff[t]en. Er befreite somit stellvertretend das iranische Volk aus der Unterdrückung des Shah. Sein Erscheinen war darüber hinaus für viele Iraner mythisch, da Khomeini selbst aus dem irakischen Exil kam, was gleichbedeutend mit dem aus der Verborgenheit kommenden Mahdī war (BRINKMANN 2010: 38; JAFARI 2010: 87-95; RAMAZANI 2013: 41).

Im Verlauf der Revolution schaltete Khomeini nach und nach die revolutionären Oppositionsgruppen aus. Er setzte für Ende März 1979 Wahlen an, die eine Volksabstimmung über die Etablierung einer Islamischen Republik waren. 97 Prozent der Wähler stimmten für die deren Gründung. Im Anschluss daran rief Khomeini am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran aus. Debatten über demokratische Elemente wurden nicht fortgeführt, da Khomeini sowohl die marxistisch-leninistische Vorstellung von Demokratie als auch die westlich-liberale Auffassung ablehnte. Er war der Überzeugung, dass der Islam selbst mit seinen egalitären Prinzipien und dem normativen Anspruch der Befreiung der Unterdrückten bzw. „Entrechteten“ (mostaẓ‘afīn) einer islamischen Demokratie entspreche. Diese biete Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Gleichheit und Einheit für alle. Im Dezember 1979 wurde die Verfassung der Islamischen Republik Iran per Referendum angenommen und bestätigt. Die „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (velāyat-e faqīh) wurde zur Verfassungsgrundlage – und Khomeini wurde „Oberster Rechtsgelehrter“ (Faqīh) auf Lebenszeit. Als dieser ist er Machthaber und Staatsoberhaupt zugleich und entscheidet zu einem großen Teil über Militär, Justiz, Legislative und Exekutive im Iran. Demokratisch gewählte Vertreter sind der Präsident, das Parlament und der sogenannte Expertenrat. Daneben gibt es den „Wächterrat“ (šora-ye negahban-e qānūn-e asāsī), der sich aus je sechs Juristen und Theologen zusammensetzt. Letztere werden vom führenden Faqīh ernannt. Dieser Rat nimmt die Funktion eines Verfassungsgerichts wahr, überprüft Gesetze und kontrolliert das Parlament. Der

„Expertenrat“ (mağles-e ħobregān-e rahbarī), bestehend aus 86 Theologen, ist zur Ernennung und Überwachung der Amtsführung des Faqīh vorgesehen. Daneben gibt es außerdem noch den „Konsultativrat“ (mağma‘-e tašħīṣ-e mašleḥat-e neẓām), dem bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Parlament eine Schlichterrolle zukommt. Auch dessen Mitglieder werden größtenteils vom Rechtsgelehrten ernannt (JAFARI 2010: 92; MABON 2013: 98-101; RAMAZANI 2013: 39-42; SEIDENSTICKER 2014: 64-66).

Bevor im Folgenden die außenpolitischen Prinzipien der Islamischen Republik Iran thematisiert werden, sollen an dieser Stelle noch die an der Außenpolitik beteiligten Institutionen erwähnt werden, um die Hintergründe der auswärtigen Politik besser einordnen zu können. So sind im Iran in die außenpolitische Entscheidungsfindung neben dem Außenministerium auch der Nationale Sicherheitsrat, das Parlament sowie die Büros des Präsidenten und des „Revolutionsführers“ (beyt-e rahbarī) involviert. Im Nationalen Sicherheitsrat versammeln sich Vertreter des „Revolutionsführers“ (rahbar-e enqelāb)⁹, des Militärs, der „Revolutionsgarden“ (sepāh-e pāsdārān-e, hiernach: Pasdaran), des Geheimdienstes und des Außenministeriums. Der Sicherheitsrat ist insbesondere für die Pasdaran von zentraler Bedeutung, da diese dort ihre außenpolitischen Ansichten mit einbringen können. Wächter-, Experten- und Konsultativrat können ihre Meinung vor dem Faqīh geltend machen, koordinieren die Tätigkeiten zwischen den verschiedenen Institutionen und sind an der Findung eines außenpolitischen Konsenses beteiligt. Der endgültige außenpolitische Entschluss wird dennoch vom Revolutionsführer formuliert. Dessen Büro stellt die „eigentliche Machtzentrale“ der Islamischen Republik Iran dar und gibt der jeweiligen Regierung die ideologische Ausrichtung vor (POSCH 2013: 7-11).

2.3 Außenpolitische Prinzipien, Revolutionsexport und Expansionismus

Mit der Etablierung der Islamischen Republik Iran gingen sowohl eine Transformation der politischen Orientierung als auch eine Transformation der Leitlinien einher, die vor allem an der iranischen Außenpolitik deutlich wurden. Diese sollen im Folgenden dargestellt werden, bevor daran anschließend das spezifische außenpolitische Konzept des Revolutionsexports veranschaulicht und die Hauptzielregionen dieser expansionistischen Politik dargelegt werden. Die wichtigsten Prinzipien des neuen

⁹ Nach dem Tod Khomeinis wurde der neue Rechtsgelehrte ‘Alī Ḥāmeneī (hiernach: Khamenei) stellvertretender Revolutionsführer, der dieses Amt bis heute innehat.

außenpolitischen Kurses des Iran waren die Aufhebung der Abhängigkeit von jeglicher fremden Macht, ob westlich oder östlich, die Ausrufung der USA als „Hauptfeind“ (došman-e ašlī), der Kampf gegen den Zionismus und die Befreiung Jerusalems sowie die Unterhaltung enger Beziehungen zu den „unterdrückten Muslimen“ (mostaž‘afin) in der Welt. Diese Prinzipien standen deutlich im Kontrast zu der Außenpolitik des Shah. Khomeini hatte das System des Shah als ungerecht verstanden, das durch einen islamischen Staat ersetzt werden sollte, der soziale Gerechtigkeit für die Unterdrückten auf nationaler wie auf internationaler Ebene anstrebte. Die Unterdrückung ging hierbei nicht nur vom Shah, sondern vielmehr von den fremden Mächten aus, die in der Region Abhängigkeitsverhältnisse etabliert hatten (AKBARI 2010: 51; RAMAZANI 2013: 83).

Diese politischen Leitlinien spiegelten vor allem auch das Weltbild Khomeinis wider, das aus folgendem Zitat ersichtlich wird:

[Khomeini] kritisierte vor allem ihre [gemeint sind hier die Muslime] Ohnmacht gegenüber den Supermächten USA und Sowjetunion sowie gegenüber Israel. Diese „Unterdrücker“ würden den Plan verfolgen, die bestehende Kluft zwischen den islamischen Staaten und Konfessionen zu vergrößern und die Muslime in wirtschaftliche, politische und kulturelle Abhängigkeiten zu versetzten [...]. An der Spitze der „arroganten Mächte“ (*qodrathā-ye estekbār*) stand die US-Regierung als „großer Satan“ (*šeytān-e bozorg*) sowie der „kleine Satan“ (*šeytān-e kučək*) Israel als Hauptverbündeter der USA. (BORSZIK 2016: 26)

Der Antiamerikanismus wurde seitdem zu einem zentralen Paradigma der neuen iranischen Außenpolitik. Die Erstürmung der US-Botschaft in Teheran im November 1979 gilt als ausschlaggebendes Ereignis für den sich herausbildenden amerikanisch-iranischen Antagonismus. Dabei wurden zahlreiche US-Diplomaten als Geiseln genommen, um Druck auf die damalige US-Regierung auszuüben, die den geflohenen Shah ausliefern sollte. Die Botschaftsbesetzung dauerte bis in den Januar 1981 hinein. Später – in den 1990er-Jahren – wurden von der internationalen Gemeinschaft Sanktionen gegenüber dem Iran verhängt, die mit den Vorwürfen der iranischen Terrorismusunterstützung, dem Verfolgen eines Atomwaffenprogramms sowie der Blockade des Israel-Palästina-Friedensprozesses verbunden waren. Dies verschärfte die

Beziehungen der Islamischen Republik Iran zum Westen, insbesondere zu den USA, weiter (BORSZIK 2016: 32-33; JAFARI 2010: 93-95; POSCH 2013: 16; RAMAZANI 2013: 42-45).

Mit der neuen außenpolitischen Orientierung veränderte sich auch die iranische Wahrnehmung anderer Staaten in der Region. Im Zuge der großen islamischen „Pilgerfahrt“ (ḥaǧǧ) zu den heiligen Stätten in Makka und Madīna (hiernach: Mekka und Medina), die beide in Saudi-Arabien liegen, geriet das Königreich zunehmend in die Kritik der iranischen Führung. Diese umfasste vor allem die Unvereinbarkeit der dortigen Monarchie mit dem Islam und die saudische Kooperation mit den USA, aufgrund derer das Königreich Saudi-Arabien als „illegitim“ bezeichnet wurde. Khomeini deklarierte die saudische Führung als „unislamisch“ und attackierte darüber hinaus die wahhabitischen Gelehrten. Außerdem wurden Zweifel hinsichtlich der Fähigkeit der saudischen Elite, die Hoheit über Mekka und Medina zu haben, geäußert. Dies war verknüpft mit dem Vorwurf, die heiligen Stätten westlicher Besatzung freigegeben zu haben (AKBARI 2010: 50; FÜRTIG 2002: 23-27; RAMAZANI 2013: 243).

Ein weiterer Grundpfeiler der Außenpolitik der jungen Islamischen Republik Iran war der „Revolutionsexport“ (ṣodūr-e enqelāb). Wie bereits angedeutet, war Khomeini der Überzeugung, dass die Muslime weltweit stets von gottlosen Herrschern unterdrückt und von ausländischen Mächten kontrolliert wurden. Demnach stelle die Errichtung einer islamischen Regierung die einzige Befreiungsmöglichkeit dar. Sie impliziere, dass der herrschende Rechtsgelehrte der Islamischen Republik Iran grenzübergreifend für die gesamte islamische Welt zuständig sei. Nach diesem Verständnis übernehme der Faqīh eine nationale, regionale und weltweite Führungsrolle. Dementsprechend hatte Khomeini über die Landesgrenzen hinweg an alle Muslime appelliert, sich aus ihrem Zustand der Unterdrückung zu befreien, indem sie sich gegen ihre Herrscher auflehnen und einen islamischen Staat nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran begründen. Auf diese Weise solle Gerechtigkeit nicht nur im Iran, sondern weltweit herrschen und durch den Islam eine gerechtere Weltordnung entstehen. Diese grenzübergreifende Ausrichtung manifestierte sich im eingangs genannten Konzept des Revolutionsexports. Die angedachte Führungsrolle des Faqīh war dabei nicht als Mittel zur regionalen Machtausübung zu verstehen, sondern entsprach der Vorstellung, dass der Faqīh bei der Befreiung der Muslime im Dienst einer höheren Mission handle. Auch ging es beim

Revolutionsexport nicht um eine Konversion der Muslime zur Shia, sondern – zumindest laut AKBARI (2010: 52) – um einen „revolutionär-antiimperialistischen Protest“, der grenzübergreifend stattfinden sollte (BORSZIK 2016: 22-29, 39-40; FÜRTIG 2014: 25; RAMAZANI 2013: 131-137).

Beim Revolutionsexport wird in der Literatur zwischen einem gewaltfreien und einem Gewalt involvierenden Export unterschieden (vgl. z. B. BORSZIK 2016, RAMAZANI 2013, MARSCHALL 2003), wobei nicht gänzlich geklärt ist, welche Mittel Khomeini im Sinne des Revolutionsexports tatsächlich propagierte und welche er ablehnte. Vermehrt wird dieser in seiner Ablehnung der Intervention in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zitiert und seine Ablehnung des „Heiligen Krieges“ (ğihād, hiernach: jihad) unterstrichen. Gewaltsame Mittel sollten nur im Sinne der Selbstverteidigung bzw. der Notwehr eingesetzt werden. RAMAZANI (2013: 137-139, 245-246) weist an dieser Stelle auf die Deutungsproblematik dieser Aussage hin: Zum einen stellt er die Frage nach der Definition und nach dem Umfang von Notwehr. Zum anderen weist er darauf hin, dass Khomeini dem territorialen Nationalstaat eine untergeordnete Rolle gegenüber dem Islam einräumte, der keine Grenzen kenne und in diesem Sinne die Ablehnung der Einmischung in andere Staaten problematisch erscheinen lässt. Zu den friedlichen Exportmitteln zählten u. a. die Anwendung von „Propaganda“ (tablīqāt) mittels Rundfunk, Flugblättern oder Tonbändern. Auch die Einberufung theologischer Kongresse und Konferenzen, an denen mitunter zahlreiche Kleriker aus dem Ausland teilnahmen, der Austausch von Theologiestudenten oder die Entsendung von Predigern sowie der Bau von Koranschulen im Ausland gelten bis heute als weitere Mittel, um das Gedankengut Khomeinis weiter zu verbreiten und ein regionales Netzwerk aufzubauen. Auf der anderen Seite gab es direkte Aufrufe an die benachbarten Bevölkerungen zu Streiks und Protesten gegen die jeweiligen Machthaber mit dem Ziel des Umsturzes und Pläne zur Unterstützung von islamischen Widerstands-, Befreiungs- und Oppositionsgruppen. Für letzteres Vorhaben wurde 1981 eigens ein Büro in Qom eingerichtet, das von Ḥossein ‘Alī Montazerī geleitet wurde und dessen Mitarbeiter in regelmäßigem Kontakt zu schiitischen Aktivisten in den Golfmonarchien standen. Darüber hinaus entstanden Gruppen, wie z. B. der „Hohe Rat für die Islamische Revolution im Irak“¹⁰, die „Islamische Revolutionsbewegung auf der Arabischen Halbinsel“, die „Islamische

¹⁰ Heute auch bekannt unter dem englischen Kürzel „SIIC“ (*Supreme Islamic Iraqi Council*) oder „SCIRI“ (*Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq*) (STEINBERG 2010: 147; ZEINO-MAHMALAT 2009: 4).

Befreiungsfront“ in Bahrain oder Befreiungsgruppen in Syrien und im Libanon, die Verbindungen zu den iranischen Revolutionsgarden unterhielten. Unter die Hauptzielregionen für den Revolutionsexport fallen die Golfregion, der Kaukasus und Zentralasien. Hierzu zählen u. a. Bahrain, Saudi-Arabien, Kuwait, Aserbaidschan, Turkmenistan, Afghanistan und der Libanon. In diesem Zusammenhang entstand auch die „Partei Gottes“ (Hizbollāh, hiernach: Hizbollah) im Libanon, die seit 1982 mit finanzieller und militärischer Unterstützung des Iran aufgebaut wurde. Auch ein saudischer Ableger der Hizbollah wurde später etabliert. Daneben waren es auch palästinensisch-sunnitische Widerstandsbewegungen, wie z. B. die Ḥamās (hiernach: Hamas), die nach wie vor vom Iran in ihrem Widerstand gegen die israelische Besatzung unterstützt werden (BORSZIK 2016: 39-54; MARSCHALL 2003: 26-45; RAMAZANI 2013: 128-145).

Exemplarisch soll an dieser Stelle am Revolutionsexport in den Inselstaat Bahrain das Ausmaß und die Wirkung des Exportgedankens auf die Nachbarländer illustriert werden. Zwei Jahre nach der Islamischen Revolution im Iran – im Jahr 1981 – wurde in Bahrain ein geplanter Putsch aufgedeckt. Dem Iran wurde eine Mitwirkung an den Geschehnissen vorgeworfen. Die Islamische Republik hatte zwischen 1979 und 1981 in Bahrain ein Netzwerk im Untergrund aufgebaut und geheime Gruppierungen unterstützt, deren Ziel es war, einen Putsch gegen die Königsfamilie Āl Ḥalīfa (hiernach: Al-Khalifa) vorzubereiten und einen islamischen Staat nach dem Vorbild Irans zu etablieren. Als einer der Hintergründe der iranischen Einflussnahme gilt die Zusammensetzung der Bevölkerung Bahrains, die zum Großteil schiitisch ist. Die Zahlen variieren zwischen 55 und 75 Prozent, was einer deutlichen Mehrheit im Land entspricht, die von einer sunnitischen Königsfamilie beherrscht wird. Zum anderen hegt der Iran Gebietsansprüche, da Bahrain in der Vergangenheit Teil des persischen Reiches gewesen war und seine endgültige Unabhängigkeit erst 1971 erlangt hatte. Die Aufdeckung dieses Staatsstreiches wirkte sich negativ auf das Verhältnis des Iran zu den Golfstaaten aus. In fast allen dieser Staaten machen Schiiten ebenfalls einen Anteil der Bevölkerung aus, so sind es in Kuwait zwischen 15 und 30 Prozent, in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) 6 bis 15 Prozent, in Saudi-Arabien 5 bis 10 Prozent und in Katar bis zu 6 Prozent. Aus diesem Grund ist die Sorge vor einem Überschwappen der Revolution auf diese

Bevölkerungsgruppen oder vor einem Regimesturz in den Golfstaaten ebenfalls existent (BORSZIK 2016: 46; CHUBIN u. TRIPP 1996: 16; FAATH 2010a: 14; FÜRTIG 2002: 64, 83-85).

Die islamische „Pilgerfahrt“ (Ḥaǧǧ) wurde als ein weiteres Mittel zur Verbreitung des Grundgedankens Khomeinis und der Ideen der Revolution im Iran an die pilgernde Zielgruppe erachtet. Während Saudi-Arabien in der Pilgerfahrt eine strikt religiöse Zeremonie sieht, war Khomeini der Überzeugung, dass die Ḥaǧǧ mitunter ein Mittel zum Wachmachen der „Gemeinschaft der Muslime“ (umma) war, die sich, wie weiter oben zitiert, in einer Ohnmacht befand. Die Politisierung der Ḥaǧǧ durch den Iran kommt in folgendem Zitat zum Ausdruck:

The divergence between Iran and Saudi Arabia mainly expressed itself in Khomeini's claim that the hajj was not only a religious but also a political occasion, and the ideal place to export the revolution by propaganda. (MARSCHALL 2003: 46)

Vor diesem Hintergrund wurden in den ersten Jahren nach der Revolution während der Pilgerfahrt Demonstrationen von iranischen Pilgern initiiert, die sich gegen die USA, Israel und ihre westlichen Verbündeten richteten, jedoch auch das saudische Regime kritisierten. Es kam bereits vor 1987 zu Auseinandersetzungen zwischen iranischen Pilgern und saudischen Sicherheitskräften, aber im Pilgerjahr 1987 ereigneten sich folgenschwere und die bis heute gewaltsamsten Zusammenstöße. Im Verlauf der Pilgerfahrt wurden über 400 Menschen getötet und über 600 verletzt, darunter viele iranische Pilger. Eine Welle gegenseitiger Anschuldigungen folgte auf diesen Vorfall. Daraufhin verhängte Saudi-Arabien eine Obergrenze für die Zahl der jährlichen Pilger, die aus anderen Ländern ins Königreich reisen sollten. Dies veranlasste die iranische Führung dazu, das Aussetzen der Ḥaǧǧ für das Jahr 1988 zu verkünden, was einem Boykott gleichkam. In der Folge brach Saudi-Arabien die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab. Erst mit dem Zweiten Golfkrieg 1991 wurden diese wiederhergestellt (BORSZIK 2016: 47-48; CHUBIN u. TRIPP 1996: 17; FÜRTIG 2002: 42-55; MARSCHALL 2003: 46-55).

Zum Abschluss dieses Unterkapitels lässt sich festhalten, dass die Grundlage der Regionalambitionen des Iran nach Gründung der Islamischen Republik das Konzept des aktiven Revolutionsexports war. Es wurde im Kontext einer höheren Mission verortet,

um den Status der Abhängigkeit und Unterdrückung der Muslime durch die Geltung von Gerechtigkeit zu beenden und um eine gerechtere Weltordnung im Sinne des Islam zu etablieren. Hinsichtlich der Mittel des Revolutionsexports herrscht in der Literatur Uneinigkeit darüber, bis zu welchem Grad der Gebrauch von Gewalt vom geistlichen Führer der Revolution, Ayatollah Khomeini, propagiert wurde, da die klare Deutung seiner Aussagen diesbezüglich schwierig ist. Es herrscht ebenfalls Uneinigkeit über den Erfolg dieses Konzeptes. Einige Autoren (vgl. exemplarisch FÜRTIG 2002, RAMAZANI 2013) weisen jedoch darauf hin, dass sich der Revolutionsexport in den 1980er- und 1990er-Jahren als eine komplexe und nicht immer erfolgreiche Strategie erwiesen hat, da es zu keiner übergreifenden Revolution und Auflehnung von Schiiten in einem der Nachbarländer Irans gekommen war. Darüber hinaus war auch der erwartete Sieg über den Irak im Ersten Golfkrieg (1980-1988) ausgeblieben. Im dritten Kapitel wird auf die Herausbildung eines pragmatischeren bzw. realpolitischeren Ansatzes der iranischen Außenpolitik näher eingegangen. Danach finden sich sowohl konservative wie auch pragmatische Elemente in der auswärtigen Politik der Islamischen Republik Iran wieder. Abseits der Überlegungen zu Erfolg oder Misserfolg des Revolutionsexports gilt es an dieser Stelle dennoch zu betonen, dass der Exportgedanke besonders von den arabisch-sunnitischen Staaten in der Region zum Teil bis heute als Versuch der grenzübergreifenden Einflussnahme des Iran verstanden wird. Der Export wird als Ausdruck des iranischen Anspruches auf eine islamische Führungsrolle bewertet und dementsprechend als Bedrohung wahrgenommen.

2.4 Die Situation der sunnitischen Minderheiten

Ähnlich wie die Außenpolitik von der Ausrichtung und religiösen Prägung der Islamischen Republik Iran her bestimmt wird, ist auch die Shia ein prägnanter Faktor in der Innenpolitik des Landes. Der Iran ist seither ein Vielvölkerstaat. Unterschiedliche ethnische Gruppierungen sind z. B. Kurden, Ahvāzī-Araber, Āzarīs, Baḥtīyārī und Belūčen. Zu den religiösen Minderheiten zählen mitunter Juden, Christen, Zoroastrier, Bahā'ī und Mandäer. Die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (GFBV 2013: 5) beziffert die Zahl der religiösen Minderheiten auf knapp zwei Prozent, die anderen ca. 98 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zum Islam, wovon etwa 89 Prozent schiitischen

und acht Prozent sunnitischen Glaubens sind. Von Interesse für die vorliegende Studie ist die Situation der sunnitischen Minderheiten im Iran. Zum einen schlägt sich hier die religiöse Konfliktlinie in der Außenpolitik auch in der Innenpolitik nieder. Zum anderen stellt die Existenz von andersgläubigen Minderheiten für das Staatsgefüge und die dominante religiöse Leitlinie eine Herausforderung in Bezug auf die befürchtete Einflussnahme von außen dar. Die inneriranischen Spannungen beeinflussen darüber hinaus die Wahrnehmung der Islamischen Republik Iran in den arabisch-sunnitischen Nachbarländern hinsichtlich religiöser Differenzen.

Die Mehrzahl der Sunniten lebt in den Grenzgebieten des Iran, wie z. B. in Hūzestān, Sīstān, Belūčestān oder im kurdischen Gebiet im Westen des Iran. Hūzestān war eine autonome Region, bevor es 1925 Teil des iranischen Staatsgebiets wurde. Seit den 1940er-Jahren gibt es dort wiederkehrende Aufstände, zuletzt zwischen 2011 und 2012 durch die dort lebenden Ahvāzī-Araber, die von der iranischen Regierung gewalttätig unterdrückt wurden. Auch im kurdischen Gebiet, in Sīstān und Belūčestān, gab es Unruhen und Revolten. Im Jahr 2009 wurde beispielsweise ein Anschlag einer sunnitischen Gruppierung auf die iranischen Revolutionsgarden dokumentiert (AKBARI 2010: 54-66; GFBV 2013: 5-14; TOHIDI 2009: 299).

Die Ursachen dieser Aufstände sind vielschichtig und lassen sich nicht ausschließlich auf das Streben nach Unabhängigkeit oder Autonomie zurückführen. Oftmals spielt auch die schlechte wirtschaftliche Situation in den Grenzgebieten eine Rolle, die durch Aufständische angeprangert wird. Nichtsdestotrotz hebt SANASARIAN (2000: 14) hervor, dass die sunnitische Minderheit der Kurden und Belūčen tendenziell das größte Potenzial separatistischer Ambitionen aufweisen. Erstens liegt dies in den religiösen Unterschieden (Shia–Sunna) begründet, die durch ethnische Differenzen (Persisch–Arabisch) verstärkt werden und Belūčen und Kurden in Konflikt mit der schiitischen Theokratie gebracht haben. Zweitens lassen sich die separatistischen Tendenzen auf eine Abfolge von Unabhängigkeitsforderungen aus der Vergangenheit zurückführen, die den Minderheiten ein stärkeres Selbstbewusstsein gegeben haben könnte. Drittens unterhalten beide Gruppen aufgrund ihrer Grenzlage Beziehungen zu den eigenen Minderheiten in den Nachbarländern. Viertens haben sich beide Gruppen kontinuierlich gegen die staatlich durchgeführte „Persifizierung“ gewehrt, sich somit nicht assimilieren lassen.

Im Zusammenhang mit den Aufständen äußerte die iranische Regierung wiederholt den Vorwurf, dass die Auflehnung andersgläubiger Gruppierungen gegen die iranische Staatsmacht durch Unterstützung aus Saudi-Arabien oder den USA bzw. dem Westen initiiert wurde. Hierbei sei es das Ziel, gezielt Unruhe im Iran zu stiften, um das Land zu schwächen und zu destabilisieren (WEHREY/KARASIK/NADER 2009: 34-35).

Die sunnitischen Gruppen – neben den anderen religiösen Minderheiten im Iran – sind seit der Etablierung der Islamischen Republik politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Diskriminierungen ausgesetzt. Dies äußert sich darin, dass z. B. sunnitische Kurden immer wieder unter Druck gesetzt werden, um zur schiitischen Staatsreligion überzutreten. Den sunnitischen Belūĉen und Āzarīs wird die Aufrechterhaltung der eigenen Sprache und Tradition verboten (GFBV 2013: 5-14; SANASARIAN 2000: 9-14).

Zum Abschluss des Kapitels soll auf die Wahrnehmung der Wahnābīya durch die Iraner näher eingegangen werden, die hilfreich für ein Verständnis des Antagonismus gegenüber Saudi-Arabien ist. Das Bild der Iraner auf die Wahhabiten wird u. a. durch die Politik und die westliche Ausrichtung der saudischen Regierung beeinflusst, wie dies bereits an anderer Stelle beschrieben worden ist. In dieser Hinsicht werden die Monarchie und die US-Kooperation kritisiert, die von Khomeini stark hervorgehoben wurden und daher auch heute noch starken Widerhall finden. Des Weiteren verursacht die unterschiedliche Auslegung des Islam Differenzen zwischen Schiiten und Wahhabiten, die in den verschiedenen Nachfolgeregelungen begründet sind. Diese Thematik wird im dritten Kapitel nochmals aufgegriffen. An dieser Stelle sei dennoch die Kritik der Schiiten an vielen „Prophetengefährten“ (Ṣaḥāba) hervorzuheben, die für die Wahhabiten als beispielhaftes Vorbild gelten. Aus schiitischer Sicht wurden die Ṣaḥāba nach dem Tod des Propheten irregeleitet, da sie den Anspruch ‘Alīs auf die Führung der „Gemeinschaft aller Muslime“ nicht akzeptiert hatten. Die Wahhabiten empfinden dies als „Verunglimpfung“ der Ṣaḥāba. Die außerordentliche Stellung der Imame bei den Schiiten ist darüber hinaus Anlass für weitere Konflikte. Gemäß der schiitischen Überzeugung sind diese mit einem unfehlbaren göttlichen Wissen über die Interpretation und Anwendung der Gebote Gottes ausgestattet und spielen aus diesem Grund bei der Rechtsfindung eine zentrale Rolle. Ihre Unfehlbarkeit und ihr religiöses Charisma findet sich auch in der Praxis der

Verehrung der Imame durch die Shia wieder, die in deutlichem Kontrast zu der strikten monotheistischen Praxis der Wahhabiten steht (PREUSCHAFT 2014: 94-96).

Neben diesen divergierenden Islam-Interpretationen wird die Sichtweise auf die Wahhabiten von den saudi-wahhabitischen Eroberungszügen während der Gründung der drei saudi-arabischen Staaten geprägt, die im folgenden Kapitel dargestellt werden. So wurden im Jahre 1802 die schiitischen Heiligtümer bei der Einnahme von Kerbela im heutigen Irak stark verwüstet. Kerbela ist aufgrund der Grabmoschee des ersten schiitischen Imams von zentraler Bedeutung für die Schiiten. Im Zuge der dritten saudischen Expansion kam es 1913 durch die *Iḥwān*¹¹ zu zahlreichen Ermordungen von Schiiten in der al-Aḥsā' bzw. al-Ḥasā'-Oase, die als Gräueltaten im kollektiven schiitischen Gedächtnis verankert bleiben. Auch nach 1915/1916 gab es immer wieder Übergriffe auf die in der saudischen Ostprovinz (al-Miṭṭaqa aš-Šarqīya) ansässigen Schiiten. Die saudische Eroberung Mekkas und Medinas zwischen 1924 und 1925 sowie die anschließende Wahhabisierung der Ḥiǧāz¹² tragen zur negativen Reputation der Wahhabiten bei, da hierbei ebenfalls Gräber schiitischer Imame zerstört wurden (SEIDENSTICKER 2014: 22; STEINBERG 2002: 498-500; STEINBERG 2013: 50).

Die Konsequenz daraus für den regionalen Konfessionskonflikt verdeutlicht folgendes Zitat:

Viele Schiiten weltweit erinnern sich an die Gräueltaten der Wahhabiten und zeigen allein deshalb ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber dem heutigen saudischen Staat. Die Vorkommnisse von 1802 prägten fortan die Beziehungen zwischen Schiiten und Wahhabiten. (STEINBERG 2013: 37)

Es zeigt sich bereits, dass der bilaterale Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien eine starke religiöse Komponente aufweist, die aufgrund von Hegemonialansprüchen und Machtstreben politisiert wird. Diese beeinflusst in der Folge die Außenpolitik des Iran, seinen Umgang mit den eigenen sunnitischen Minderheiten und seine Sichtweise auf die saudischen Wahhabiten im Allgemeinen. Dabei verfestigt sich ein grundlegendes Misstrauen. Dies wird verstärkt durch die im kollektiven Gedächtnis verankerten

¹¹ Nomadische Krieger, die für die saudische Expansion rekrutiert wurden.

¹² Region, die im Westen des heutigen Saudi-Arabiens liegt. Die saudische Hauptstadt und die heiligen islamischen Pilgerstätten sind Teil dieser.

Erinnerungen an Verwüstungen schiitischer Stätten sowie durch die Diskriminierung schiitischer Minderheiten in Saudi-Arabien, deren Situation im nächsten Kapitel thematisiert wird. Überlagert wird die Rivalität zwischen beiden Staaten außerdem durch regionale geopolitische Entwicklungen, die im Anschluss an das Kapitel über Saudi-Arabien dargestellt werden.

3. Saudi-Arabien

Analog zur Gründung der Iranischen Republik Iran soll im Folgenden die saudi-arabische Staatsgründung behandelt werden, die sich in drei Phasen unterteilen lässt. Im Anschluss daran wird sowohl die Rolle der Religion als auch die wahhabitische Auslegung des Islam thematisiert. Danach soll die hegemoniale Außenpolitik Saudi-Arabiens dargestellt und abschließend die Situation der schiitischen Minderheiten im Königreich beleuchtet werden. Dabei lassen sich zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zum Teil Ähnlichkeiten beim Streben nach regionaler islamischer Führung erkennen. Hierin liegt der Großteil des bilateralen Konflikts begründet.

3.1 Die Entstehung des saudi-arabischen Staates

Die Entstehung des saudi-arabischen Staates geht zurück auf das 1744/1745 geschlossene Bündnis zwischen dem Herrscher von ad-Dir'īya, Muḥammad b. Sa'ūd, und dem islamischen Religionsgelehrten und religiösen Reformier Muḥammad b. 'Abdalwahrāb im Nağd, einer Region im heutigen Saudi-Arabien. Es sah vor, die politische Macht Muḥammad Sa'ūds religiös zu legitimieren und gleichzeitig die religiöse Autorität des Gelehrten zu sichern sowie die Verbreitung seiner Lehre voranzutreiben. Dies war von entscheidender Bedeutung, da zu dem Zeitpunkt die bestehenden Fürstentümer aufgrund fehlender Zentralgewalten und uneinheitlicher Wertesysteme von geringer Dauer waren und schnell zerfielen. Auch den ersten zwei saudischen Staaten fehlte es noch an staatlichen und zentralistischen Wesensmerkmalen, jedoch spielte die Rolle der Religion als Legitimationsquelle des Stammesfürsten eine wichtige Rolle für die Expansion des ersten saudischen Staates. Durch diese ideologische Basis, so STEINBERG (2002: 23), sicherte sich Muḥammad Sa'ūd die Loyalität der Bewohner des Nağd, die

elementar war für die anschließende Wiedererrichtung der zerstörten saudischen Stammesfürstentümer.

Die erste saudi-wahhabitische Expansion umfasste bis zu ihrem Ende im Jahre 1818 bedeutende Städte wie Riyāḍ (hiernach: Riyadh), Mekka und Medina und reichte bis nach Kerbela im heutigen Irak. Die dortigen schiitischen Heiligtümer wurden im Verlauf der Eroberung stark zerstört, was bis heute die bereits beschriebenen Reaktionen der Schiiten hervorruft. Der erste saudi-arabische Staat zerfiel, als ägyptische Truppen die Expansion stoppten und die damalige Hauptstadt ad-Dir‘īya des saudi-wahhabitischen Herrschaftsbereiches einnehmen konnten. Von 1824 bis 1891 gelang es, einen zweiten Staat zu konsolidieren. In diesem Zeitraum wurde beispielsweise die Hauptstadt nach Riyadh verlegt. Insgesamt wird die zweite Staatsphase als weniger aggressiv und die Politik der Familie Āl Sa‘ūd (hiernach: Al-Saud) als pragmatischer beschrieben, was sich möglicherweise auf die Erfahrung aus der Expansion des ersten Staates zurückführen lässt. Darüber hinaus schwächten innerfamiliäre Machtkämpfe eine Konsolidierung. Das eigentliche Königreich Saudi-Arabien (al-Mamlaka al-‘Arabiya as-Sa‘ūdiyya) wurde im Jahre 1932 von ‘Abd al-‘Azīz b. Sa‘ūd gegründet. Schätzungsweise ab dem Jahr 1913 spielte die Entstehung der „Brüder“ (Iḥwān), eine Bewegung nomadischer Krieger, eine bedeutende Rolle in der militärischen Expansion der Al-Saud. Ihre Sesshaftwerdung wurde durch die Familie Saud gefördert und mittels wahhabitischer Gelehrter wurde ihnen die religiöse Lehre näher gebracht. Dabei richtete sich der Fokus auf den Jihad, der im saudi-arabischen Verständnis den Kampf gegen die Nichtwahhabiten bedeutet.

Die Ermordungen und Übergriffe auf die Schiiten und der diskriminierende Umgang mit ihnen wurden im vorherigen Kapitel thematisiert. Zwischen 1924 und 1925 konnte ‘Abd al-‘Azīz b. Sa‘ūd mithilfe der Iḥwān die Städte Mekka und Medina einnehmen, die in der Landschaft des Ḥiǧāz liegen. Die Eroberung ging ebenfalls mit Verwüstungen religiöser Heiligtümer und mit Gewalttaten einher. Bekannt ist in diesem Zusammenhang auch das Massaker an der Bevölkerung Ṭā‘ifs im Jahre 1924. Die ursprünglich tribale Struktur der Iḥwān, ihre militärische Unberechenbarkeit und die Entwicklung eines religiösen Fanatismus unter ihnen, machten sie bald zu einem Problem für ‘Abd al-‘Azīz, der ihren Einfluss bis zur Begründung des Königreichs Saudi-Arabien nach und nach zurückdrängte (FREITAG 2010: 16-28; HAAKH 2010: 240; STEINBERG 2002: 18-28, 492-500; STEINBERG 2013: 37-51).

Viele Experten bezeichnen die Erdölfunde als sehr bedeutsam für die Entwicklung Saudi-Arabiens. Im Jahr 1933 erhielt eine US-amerikanische Ölfirma erstmals die Konzessionen für die Ölförderung; sie begann offiziell fünf Jahre später. Nach einer Übergabe und Umbenennung wurde aus der Firma 1944 die *Arabian American Oil Company* (ARAMCO), die mittlerweile in saudischen Besitz übergegangen ist. Innerhalb der folgenden Jahre akkumulierte Saudi-Arabien – bedingt durch den Erdölexport – einen großen Reichtum, was das Land regional und international an Bedeutung gewinnen ließ. Das Königreich entwickelte sich ebenso wie der Iran unter dem Shah zu einem elementaren Pfeiler der amerikanischen „twin-pillar policy“. Bis heute herrscht eine enge Kooperation zwischen Saudi-Arabien und den USA. Dies lässt sich z. B. auf die saudische Sicherheitspolitik zurückführen, auf die im Weiteren näher eingegangen werden soll (FÜRTIG 2002: 1-8; STEINBERG 2013: 108-110).

3.2 Der Wahhabismus und die Grundzüge saudischer Politik

Der Wahhabismus, eine islamische Reformbewegung des 18. Jahrhunderts, entstand aus den Lehren ‘Abdalwahrhābs und bildet die religiöse Grundlage des heutigen Königreichs Saudi-Arabien. Diese Art der Auslegung des sunnitischen Islam gilt als puritanisch, weil die Kernelemente einen strikten Charakter widerspiegeln. Zentral ist die Definition des „Monotheismus“ (tawḥīd), der Lehre von der Einheit Gottes. Das Bekenntnis zu dieser Einheit verbietet die Verehrung jeglicher Anderer, den sogenannten Polytheismus oder die „Beigesellung“ (širk), da Gott gemäß der Lehre ‘Abdalwahrhābs keinen Mittler zur Seite habe. Dies betraf vor allem die Praktiken des Heiligen- und Gräberkultes, die im 18. Jahrhundert von vielen Muslimen im Naǧd betrieben wurden. Jene Muslime erklärte ‘Abdalwahrhāb infolgedessen zu „Ungläubigen“ (kāfir, Pl. kuffār) und markierte dadurch ihren Ausschluss aus der Gemeinschaft der „wahrhaftigen Muslime“, was starke Kontroversen mit sich brachte. In der islamischen Rechtslehre wird diese Praxis auch als „takfīr“¹³ bezeichnet. Darüber hinaus verlangt die wahhabitische Lehre das „barā‘“, das jeglichen Kontakt zu Ungläubigen verbietet und einer Meidung

¹³ Takfīr beschreibt die Praxis der Exkommunizierung von Muslimen, die sich der „Apostasie“ (auch: ridda) schuldig gemacht haben und infolgedessen zu „Ungläubigen“ erklärt werden. Dabei wird in der Regel ein „Rechtsgutachten“ (fatwā, Pl. fatāwā) von einem islamischen Gericht oder Gelehrten ausgesprochen, das den Ausschluss aus der Gemeinschaft manifestiert.

von Nichtmuslimen gleichkommt. ‘Abdalwahhāb kritisierte außerdem die Praxis der Rechtsschulen, die sich in der Findung von Normen und Gesetzen auf die „Nachahmung“ (taqlīd) stützten. Seiner Ansicht nach kam dies dem „širk“ gleich, da es eine Akzeptanz der Anerkennung weiterer Autoritäten neben Gott bedeute. Rechtsbeschlüsse und -urteile müssen demnach mittels des „iğtihād“ überprüft werden, der bei der Findung von Normen die eigene Urteilsbemühung hervorhebt. In der Praxis hingegen, so betont SEIDENSTICKER (2014: 20), werden heute Entscheidungen und Urteile durch die wahhabitischen Gelehrten im Rahmen der sunnitischen Rechtsschule der Ḥanbalīya gefällt. Der Begriff der Wahhābīya wird von vielen ihrer Anhänger abgelehnt, weil diese seit der Entstehung der Bewegung von ihren Gegnern geprägt wurde, die damit den abweichenden Charakter der Lehre von ‘Abdalwahhāb betonen wollten. Anhänger des wahhabitischen Glaubens bezeichnen sich selbst als „Bekenner der Einheit Gottes“ (al-Muwahhīdūn ahl at-tawhīd). Auch verwenden sie die Beschreibung der Gefolgsleute der ersten Muslime aus der Frühzeit des Islam, die sogenannten frommen Altvorderen (as-Salaf aṣ-Ṣāliḥ), da sie sich auf den „wahren Islam“ zurückbesinnen und alle „Neuerungen“ (bid‘a) ablehnen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Wahhabismus nicht die gewachsene Tradition, sondern der Koran, die Prophetentradition und die Rückbesinnung auf die Frühzeit des Islam richtungsweisend sind. Prominente Beispiele für diese Rückbesinnung, die zum Teil viel mediale Aufmerksamkeit erzeugen, sind u. a. das Verbot von Musik, Tabak und Kleidung aus Seide sowie der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Leben (PREUSCHAFT 2014: 83-90; SEIDENSTICKER 2014: 18-20; STEINBERG 2002: 23-31; STEINBERG 2013: 33-37).

Laut PREUSCHAFT (2014: 99) bietet der Wahhabismus zwar keine umfassende politische Theorie, jedoch formulierte ‘Abdalwahhāb einige Grundsätze zum Verhältnis von Herrschaft und Gelehrtentum. Demnach gilt die Kooperation zwischen „Herrscher“ (umarā’) und „Gelehrten“ (‘ulamā’) als Ausgangspunkt für die Gründung und Entwicklung einer Gesellschaft. Dabei ist der Herrscher, also der saudische König, für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung zuständig, während er von den Gelehrten unterstützt wird, welche die Politik und Gesetzgebung auf die Einhaltung der wahhabitischen Normen bzw. den Einklang mit dem „islamischen Recht“ (Ṣarī‘a, hiernach: Sharia) hin prüfen.

Im Jahr 1992 wurde das saudi-arabische Grundgesetz veröffentlicht, das den Islam als Staatsreligion sowie den Koran und die „prophetische Überlieferung“ (sunna) als Verfassung festlegt. Da Gott die alleinige Quelle der Gesetzgebung ist, werden lediglich königliche Dekrete und keine Gesetze erlassen. Die wahhabitischen Gelehrten sind zu Gehorsam gegenüber dem Herrscher verpflichtet, was dessen Machtposition in der Praxis stärkt. Religionsgelehrte werden zwar zur Beratung der Königsfamilie hinzugezogen, jedoch gilt ihre Meinung tendenziell als nachträgliche Legitimation einer bereits getroffenen Entscheidung der Al-Saud. Während die Gelehrten in der Vergangenheit weitgehende Ungebundenheit in den Bereichen „Justiz“ und „Erziehung“ hatten, wurden diese Institutionen in den letzten Dekaden ihrem Einfluss entzogen. Darüber hinaus weist SEIDENSTICKER (2014: 17) darauf hin, dass Zweifel an der Legitimität des saudischen Königshauses weitreichende Folgen bis hin zur Aberkennung des Status als wahhabitische Gelehrter mit sich bringen können. Die Loyalität zur Königsfamilie lässt sich demgemäß als ein bedeutendes Merkmal des Wahhabismus festhalten. Trotzdem haben die Religionsgelehrten ein Monopol hinsichtlich der Auslegung des Islam in Saudi-Arabien inne, welches das Verhältnis des Königreiches zu anderen religiösen Gemeinschaften nachhaltig prägt, insbesondere zu den Schiiten. Im Jahr 1971 wurde der Gelehrtenrat gegründet, der die religiösen Angelegenheiten im Land kontrolliert und „Rechtsgutachten“ (fatwā, Pl. fatāwā) veröffentlicht. Diesem untersteht die wichtige Institution der „Religionspolizei“ (muṭawwi‘a), die Regelverstöße gegen die Sharia-Vorschriften ahndet bzw. sanktioniert. Die Gelehrten üben damit zum Teil sehr großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen aus (FREITAG 2010: 27; PREUSCHAFT 2014: 83-111; SEIDENSTICKER 2014: 17-24; STEINBERG 2013: 81-85).

Die Funktion des Machthabers und Staatsoberhauptes, die im Iran der Oberste Rechtsgelehrte einnimmt, wird in Saudi-Arabien vom König wahrgenommen. Saudische Könige legitimieren ihren Führungsanspruch damit, dass sie die wahhabitischen Normen bzw. die Sharia umsetzen. In der Theorie ist ihre Legitimität auch mit militärischen Erfolgen verknüpft, wie z. B. die Rückeroberung Riyadhs im Jahr 1901¹⁴. Angesichts der Staatskonsolidierung nach 1932 verlor dieser Aspekt jedoch zunehmend an Bedeutung. Des Weiteren ist die Machtlegitimation der Königsfamilie theoretisch mit der Großzügigkeit bei der Verteilung von Finanzmitteln verbunden, die sich in staatlichen

¹⁴ Vgl. THE NATIONAL MUSEUM 2014: <http://www.nationalmuseum.org.sa/kingdomhall.aspx> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

Subventionen und der Rentenökonomie niederschlägt. In dieser Hinsicht lassen sich beispielhaft hohe Beamtengehälter oder der Verzicht auf eine Einkommenssteuer nennen. Zuletzt ist die Verkörperung von Tradition und Kontinuität in der Person des saudischen Königs legitimatorisch bedeutsam sowie seine Rolle als Hüter der heiligen Pilgerstätten (NONNEMAN 2005: 319-320).

Spätestens mit dem Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings wurde aber deutlich, dass diese Legitimationsgrundlage brüchig ist. Finanzielle Ungleichheiten, wachsende soziale Probleme und zunehmende Forderungen nach politischer Teilhabe lassen sich in dieser Hinsicht als neue Herausforderungen für das saudi-arabische Gesellschaftssystem identifizieren.

Analog zum vorherigen Kapitel soll an dieser Stelle auch auf die am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Institutionen näher eingegangen werden, um die Hintergründe der auswärtigen Politik Saudi-Arabiens besser einordnen zu können. In der Regel werden Entschlüsse im engsten Kreis um den König gefällt. Darunter fallen Verteidigungs-, Innen- und Außenminister sowie führende Mitglieder der Al-Saud-Familie. Dabei kommt der Beratung bzw. „Konsultation“ (šūrā) eine bedeutende Rolle zu, die seit der frühislamischen Zeit als Mittel zur Konsensbildung dient. Die Dauer des politischen Entscheidungsfindungsprozesses wird dadurch verlängert, weshalb die Vorgehensweise auch als nicht mehr zeitgemäß kritisiert und allmählich stärker formalisiert wurde. In Saudi-Arabien gibt es kein Parlament. 1993 wurde das Gremium des „Konsultativrats“ (mağlis aš-šūrā) gegründet, der heute aus 150 Mitgliedern besteht. Bisher wurden diese teilweise vom saudischen König ernannt und teils von der männlichen Bevölkerung gewählt. Seit 2013 ist für die Zusammensetzung des Rates eine Frauenquote eingeführt worden. Der Konsultativrat beteiligt sich als beratende Instanz am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess und kann eigene Vorhaben mit einbringen. Darüber hinaus hat der Ministerrat unter Vorsitz des saudischen Königs eine wichtige Stellung inne, da dieser die Regierung konstituiert. Alle bedeutenden Einrichtungen werden von den führenden Mitgliedern der Familie Saud kontrolliert. Die Einbindung anderer Eliten am Legislativ- und Exekutivprozess hängt stark von der personellen Besetzung ab (DREWES 2010: 31-32; STEINBERG 2013: 82-85).¹⁵

¹⁵ Vgl. AUSWÄRTIGES AMT 2016: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_AE4FDEA054A920178ADE680EC835815A/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/SaudiArabien/Innenpolitik_node.html (letzter Aufruf: 15.02.2017).

3.3 Der saudische Anspruch auf regionale Führung

Der Außenpolitik und dem regionalen Führungsanspruch Saudi-Arabiens liegt nicht ein derartiges Konzept zugrunde wie das des Revolutionsexports in der Islamischen Republik Iran. Aus den geografischen, wirtschaftlichen und religiösen Begebenheiten lassen sich Rückschlüsse auf die staatlichen Interessen und die daraus resultierenden außenpolitischen Tendenzen ziehen. Aufgrund eines sich seit der Islamischen Revolution 1979 herausgebildeten Interessenkonfliktes zwischen Saudi-Arabien und dem Iran hinsichtlich der religiösen Führung ist es an dieser Stelle sinnvoll, zunächst die religiöse Komponente des saudischen Anspruchs auf regionale Führung zu thematisieren.

Der religiöse Führungsanspruch ergibt sich unmittelbar aus der geografischen Lage der islamischen Pilgerstätten Mekka und Medina auf saudischem Territorium. Daraus entsteht ein spezifisches Rollenverständnis als „Hüter der Heiligen Stätten“ (Ḥādīm al-Ḥaramayn aš-Šarīfayn). Seit dem Jahr 1986 trägt jeder König Saudi-Arabiens diesen Titel. Die „Beschützerrolle“ ist zentral für die Machtlegitimation des saudischen Königs – sowohl nach innen wie auch nach außen. Darüber hinaus ist die „Pilgerfahrt“ (Ḥaǧǧ) ein Wesensmerkmal des nationalen saudisch-arabischen Selbstverständnisses. Aus der Verantwortung über die Pilgerstätten ergibt sich für das Königreich eine bedeutende Machtposition. Saudi-Arabien versteht sich selbst als islamische Führungsnation. Dass sich das Land im Zentrum der islamischen Welt befinde, ist eine verbreitete Vorstellung. Die saudische Regierung bezeichnet das Königreich als zweites Heimatland jedes Muslims, da die Ḥaǧǧ die fünfte Säule des Islam ist und zur Pflicht jedes volljährigen Muslims gehört. Im Zuge der Pilgerfahrt hält der saudische König alljährlich eine Rede an die Pilgergruppen, welche Beurteilungen über den aktuellen Stand der islamischen Gemeinschaft beinhaltet. Er hat den Anspruch – stellvertretend für alle Muslime – einen allgemeinen islamischen Standpunkt zu formulieren (BORSZIK 2016: 37; HAAKH 2010: 257-261; STEINBERG 2013: 158-161).

Die Politisierung der Ḥaǧǧ durch den Iran, die im vorherigen Kapitel thematisiert wurde, sowie die Zweifel der iranischen Führung an der Rechtmäßigkeit der saudischen Herrschaft über die heiligen Stätten, stellt eine direkte Bedrohung für das saudische Königshaus dar. Die Legitimität der Al-Saud-Familie wird dadurch infrage gestellt. Die iranische Behauptung, dass ein islamischer Staat unvereinbar mit einer monarchischen

Regierungsform sei, verstärkte diese nur noch. Khomeini hatte die saudische Monarchie als „unislamisch“ und „gottlos“ abgetan, was einem weiteren Angriff auf das saudische System gleichkam. Aus dieser Bedrohungslage heraus entwickelte sich eine außenpolitische Praxis der Unterstützung sunnitischer Gruppen im Ausland, welche das Ziel verfolgt, einem sich ausbreitenden iranischen Einfluss entgegenzuwirken. Dies betraf Länder wie Afghanistan oder Pakistan, wo zum Teil islamistische Widerstandsgruppen unterstützt wurden. Diese Praxis manifestierte sich auch, als Saudi-Arabien im Verlauf des Ersten Golfkrieges den Irak unterstützte. Die Unterstützung von Akteursgruppen gilt als neues Element saudischer Außenpolitik, die zuvor tendenziell als „defensiver“ und „zurückhaltender“ bewertet wurde (FÜRTIG 2002: 24-30; MASON 2015: 36; STEINBERG 2010: 142; WEHREY/KARASIK/NADER 2009: 13-14, 18).

Neben der Herrschaft über die heiligen Pilgerstätten lässt sich auch die Verbreitung der wahhabitischen Mission als Komponente einer antizipierten religiösen Führungsrolle nennen. Darunter fallen z. B. Organisationen und Stiftungen, wie etwa die 1962 gegründete *Muslim World League* (MWL), die 1969 entstandene *Organization of Islamic Cooperation* (OIC) oder die 1972 gegründete *World Assembly of Muslim Youth* (WAMY), welche die Etablierung muslimischer Netzwerke und die Ausbreitung wahhabitischer Lehren fördern. Die Islamische Universität Medina gilt als ein weiteres Medium zur Förderung der wahhabitischen „Mission“. Ausländisches Personal und ausländische Studierende sind an der Verbreitung der Lehren maßgeblich beteiligt. Innerhalb der MWL gibt es zahlreiche Wohlfahrtsorganisationen, wie z. B. die *International Islamic Relief Organization* (IIRO), die Spendengelder für bedürftige Muslime sammeln und weiterleiten. Dies lässt sich einerseits auf die vierte Säule des Islam (Abgabe bzw. „Armensteuer“ [zakāt]) zurückführen, andererseits sind viele Geldgeber selbst an der Verbreitung ihres Glaubens interessiert. Spendengelder flossen nicht nur auf regionaler Ebene, sondern konnten auch nach Ländern wie Somalia und Bosnien-Herzegowina rückverfolgt werden (FARQUHAR 2015: 707-708; SEIDENSTICKER 2014: 23; STEINBERG 2013: 155-156).

Ein anderes außenpolitisches Interesse ergibt sich aus der Erdölwirtschaft, die fast den gesamten saudischen Staatshaushalt abdeckt und eine Abhängigkeit vom Öl schafft. Nach Venezuela besitzt Saudi-Arabien die zweitgrößten nachgewiesenen Ölreserven weltweit. Das Königreich ist Mitglied der im Jahre 1960 gegründeten *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC). In den 1970er-Jahren und Anfang der 1980er-Jahre

erlangte die Regierung Saudi-Arabiens zunehmend mehr Autonomie in der Preisgestaltung des Öls auf dem Weltmarkt und begann eine dominante Rolle innerhalb der OPEC einzunehmen, indem das Land durch eine gezielte Regulierung der Fördermenge die Preisentwicklung beeinflusste. Saudi-Arabien avancierte zum globalen Hauptproduzenten von Erdöl. Dies hat sich in den letzten Jahren aufgrund der US-amerikanischen Praxis des sogenannten Frackings¹⁶ und wegen der Enthüllung von Venezuelas Ölreserven zunehmend verändert. An dieser Stelle ist jedoch die Symbolik der gesamten Erdölwirtschaft für die antizipierte regionale Vormachtstellung Saudi-Arabiens von Bedeutung. Zu betonen ist die Machtposition des Landes auf dem internationalen Ölmarkt. Saudi-Arabien ist darüber hinaus einer von wenigen „Swing-Producern“, die ihre Produktionsmenge zu jeder Zeit steigern oder drosseln können, was das Land ebenfalls zur Dominanz des Erdölgeschäftes einsetzt (CORDESMAN 2009: 3-5; STEINBERG 2013: 110-115).

Auf Grundlage der wirtschaftlichen und religiösen Gegebenheiten wurden Rückschlüsse auf die regionalen Ambitionen Saudi-Arabiens gezogen. Im Folgenden soll ebenfalls das aus der geografischen Lage resultierende außenpolitische Interesse dargestellt werden. Aufgrund der Größe des Landes und der direkten Angrenzung an zahlreiche Nachbarstaaten, so z. B. an den Irak, Kuwait, Oman, Katar, die VAE, Jemen und Jordanien, ist die Sicherheitspolitik des Landes von zentraler Bedeutung. In dieser Hinsicht lässt sich die Institution des *Gulf Cooperation Council* (GCC) nennen – ein im Jahr 1981 gegründeter Sicherheitsrat zwischen den Golfmonarchien Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den VAE. Der Zusammenschluss dieser Staaten erfolgte maßgeblich auf Initiative Saudi-Arabiens. Ähnlich wie in der OPEC versucht das Königreich, auch im GCC eine dominante Position einzunehmen. Aufgrund der geografischen und wirtschaftlichen Größe, welche die der anderen Golfstaaten übertrifft, hat Saudi-Arabien eine starke Verhandlungsmacht, die auch zu Auseinandersetzungen mit einigen Mitgliedstaaten geführt hat. Aus iranischer Perspektive war die Gründung des GCC ein Indiz für den regionalen Führungsanspruch Saudi-Arabiens sowie für die Absicht, die Islamische Republik Iran von regionalen sicherheitspolitischen Erwägungen auszuschließen. Die Betrachtung des Gründungszusammenhangs kann zudem Rückschlüsse auf die saudische Absicht der Etablierung einer Sicherheitsstruktur unter

¹⁶ Förderung von Gas- und Ölvorkommen aus Gesteinsschichten.

saudischer Schirmherrschaft gegen bedrohliche Nachbarstaaten geben. Als das vorherrschende Gründungsmotiv des GCC gilt in diesem Zusammenhang die Islamische Revolution im Iran und ihr Exportgedanke. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass in fast allen Golfmonarchien Schiiten ebenfalls einen Anteil der Bevölkerung ausmachen.¹⁷ Die Furcht vor einem Überschwappen der Revolution auf diese Bevölkerungsgruppen oder einem Regimesturz bewegten neben Saudi-Arabien auch die anderen Golfmonarchien zu einem Sicherheitszusammenschluss (BORSZIK 2016: 35; CHUBIN u. TRIPP 1996: 11; CORDESMAN 2009: 2; FÜRTIG 2002: 70-73; MASON 2015: 50).

Die vom Iran ausgehende Gefahr für die Golfmonarchien findet in folgendem Zitat seinen Ausdruck:

Khomeini's revolution presented a potential threat to all Arab Gulf states with Shi'i populations in that it could inspire similar militancy against what might be seen as oppressive governments [...].(CHUBIN u. TRIPP 1996: 15)

Insbesondere aufgrund fehlender gemeinsamer Streitkräfte wird der GCC aus saudischer Perspektive nicht als vollständig geeignetes Verteidigungssystem betrachtet. Vor diesem Hintergrund spielt die USA und die bilaterale sicherheitspolitische Kooperation seither eine elementare Rolle für die Sicherheit Saudi-Arabiens. Dies bezeichnet FÜRTIG (2002: 149) als „American security shield“. Obwohl lange Zeit kein formelles Sicherheitsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet wurde, was u. a. auf die interne Kritik an der proamerikanischen Politik der saudischen Führung zurückzuführen ist, kam es zu einer umfassenden Koordination im Bereich der Verteidigungspolitik. Diese Kooperation sieht mitunter Waffenlieferungen an Saudi-Arabien durch die USA sowie amerikanisches Training und eine militärische Ausbildung der saudischen Streitkräfte durch US-Militärs vor. Die US-Streitkräfte haben andererseits Stützpunkte auf saudischem Boden. Zudem stellt die saudische Regierung seit 2003 eine regionale Stütze für die USA in der Terrorismusbekämpfung dar. Die Bildung umfangreicher saudischer Streitkräfte war in der Vergangenheit – aufgrund der Unbeliebtheit einer Wehrpflicht – ein durchaus brisantes Thema. Darüber hinaus bestand vor dem Hintergrund zahlreicher Militärputsche in den Nachbarstaaten die Sorge, dass

¹⁷ Zu dem zahlenmäßigen Anteil siehe 2. Kapitel, Punkt 2.3.

starke Streitkräfte die saudische Regierung und Königsfamilie selbst bedrohen könnten. Diese besteht zwar weiter, jedoch wurde das saudische Militär in den letzten zwanzig Jahren umfangreich modernisiert und vergrößert. So zählt Saudi-Arabien neben den USA, China und Russland zu den Ländern mit den höchsten jährlichen Militärausgaben weltweit. Aufgrund einer fehlenden nationalen Waffenindustrie ist das Königreich Saudi-Arabien der *de facto* größte Abnehmer von Rüstungsequipment aus dem Ausland. Die Importabhängigkeit und Zweifel an der Effektivität der saudischen Streitkräfte werden dennoch von einigen Experten als Schwäche¹⁸ des saudischen Militärs bezeichnet (CHUBIN u. TRIPP 1996: 20-28; CORDESMAN 2009: 117, 142; FÜRTIG 2002: 107, 122-131; GAUSE 2010: 127-132; RICHTER 2014: 182-185).

Hervorzuheben sind abschließend die zwei Grundpfeiler der saudischen Außenpolitik. Diese bestehen tendenziell darin, die Entstehung eines Hegemons in der Region zu verhindern sowie den saudischen Anspruch auf Vormachtstellung zu wahren, indem eine regionale Politik des Ausbalancierens und Partnerschaften zu den tendenziell konservativ-sunnitischen Staaten (z. B. Jordanien und Ägypten) aufrechterhalten werden. In diesem Zusammenhang war Saudi-Arabien lange Zeit der Garant einer am *Status quo* orientierten – prowestlichen – Ordnung im Nahen Osten, die jedoch seit 2003 allmählich und nach 2011 immer deutlicher zu erodieren scheint (RICHTER 2014: 179-182; ZEINO-MAHMALAT 2014: 41-43).

3.4 Die Situation der schiitischen Minderheiten

Wie am Beispiel des Iran gezeigt wurde, spielen religiös bedingte Differenzen in Saudi-Arabien ebenfalls nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch eine nicht unerhebliche Rolle. Der Umgang des saudischen Königreichs mit den dort lebenden schiitischen Minderheiten prägt einerseits das Bild der Saudis bzw. der Wahhabiten im Ausland unter den Schiiten. Andererseits ist es für die Legitimität der Al-Saud-Familie von zentraler Bedeutung, da Aufbegehrungsversuche der Schiiten einer öffentlichen Infragestellung des Königshauses und des saudi-arabischen Systems gleichkämen. Kritik an der bestehenden Ordnung ist nicht gestattet und wird unterdrückt. Darüber hinaus ist das Siedlungsgebiet der im Königreich Saudi-Arabien lebenden Schiiten von strategischer

¹⁸ Zum Vergleich: Das iranische Militär ist zahlenmäßig größer, die Bewaffnung gilt aber zum Teil als veraltet. Die saudische Anschaffung modernster Technologien wirft Fragen nach dem effizienten Umgang mit diesen auf.

und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Mehrzahl der etwa acht bis fünfzehn Prozent Schiiten¹⁹ lebt in der saudischen Ostprovinz (al-Miṭṭaqa aš-Šarqīya), die zu der ölreichsten Region in Saudi-Arabien zählt. Die Oasen al-Aḥsā' bzw. al-Ḥasā' und al-Qaṭīf gehören zu den schiitischen Hauptsiedlungszentren in der Ostprovinz (DINKELAKER 2010: 190; STEINBERG 2013: 144-148).

Eine Reihe von Ursachen führen im saudischen Königreich zu einer strukturellen Diskriminierung der schiitischen Minderheit, vor allem auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, wie auch im religiösen Bereich. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Sicht der Wahhabiten auf die Schiiten als „Abtrünnige“ (ar-rāfiḍa) sowie die Aufstände der Schiiten in der Vergangenheit, auf die anschließend eingegangen werden soll. Der Umgang mit Nichtwahhabiten ist strengstens untersagt, wie dies bereits zuvor in der Studie dargestellt wurde. Aus der Gemeinschaft der „wahrhaft Gläubigen“ werden diejenigen ausgeschlossen, die das Bekenntnis zum Monotheismus durch Praktiken, die als „Beigesellung“ (= Götzendienst, Polytheismus) gelten, missachten. In dieser Hinsicht werden vor allem die Schiiten wegen ihrer Lehren und Rituale als „Beigeseller“ (mušrikūn) bzw. „Ungläubige“ (kāfir, Pl. kuffār) angesehen. Zentral hierbei ist zum einen die schiitische Nachfolgeregelung zur Leitung der „Gemeinschaft aller Muslime“ (umma) nach dem Tod des Propheten, welche die Verwerfung der ersten drei Kalifen vorsieht. Zum anderen ist die Verehrung der schiitischen Imame aus wahhabitischer Sicht problematisch. Diese ähnelt dem Gräber- bzw. Heiligenkult, der eines der wichtigsten Abschaffungen der wahhabitischen Reformen im 18. Jahrhundert war. Da gegen die alleinige Anbetung Gottes verstoßen wird, gilt dieser Kult als polytheistische Praktik und führt zur Deklaration der Praktizierenden als „Ungläubige“. Dementsprechend wird die schiitische 'Āšūrā'-Prozession²⁰ auch als „heidnisch“ abgelehnt und verboten. Darüber hinaus ist die Kritik der Schiiten an vielen „Prophetengefährten“ (Ṣaḥāba) für die Wahhabiten nicht tolerierbar, welche die Frühzeit des Islam als Idealgesellschaft anstreben und sich dabei beispielhaft an den Ṣaḥāba orientieren. Für die Wahhabiten kommt die Kritik einer Beleidigung und Demütigung der Ṣaḥāba durch die Schiiten

¹⁹ Zur tatsächlichen Zahl der Schiiten in Saudi-Arabien existieren keine verlässlichen Zahlen. Institutionen, die eine unterschiedliche Haltung gegenüber den Schiiten einnehmen, beziffern ihre Anzahl – je nachdem – entweder auf über drei oder unter einer Million. Internationale Organisationen gehen hingegen von über 1,5 Millionen Schiiten aus (DINKELAKER 2010: 190).

²⁰ Während der alljährlichen 'Āšūrā'-Prozessionen gedenken die Schiiten dem Tod ihres Imams Ḥusayn b. 'Alī in der Schlacht von Kərbela im Jahr 680 n. Chr.

gleich. Ebenso existieren im Bereich der Rechtsfindung divergierende Ansichten zwischen beiden Seiten. Dabei handelt es sich vor allem um die schiitische Bezugnahme auf Berichte über und Aussagen von Imamen, die bei der Rechtsprechung mit einbezogen werden. Auch diese Praktik wird von den Wahhabiten abgelehnt (PREUSCHAFT 2014: 93-97; STEINBERG 2002: 489-492; STEINBERG 2013: 144-148).

Ähnlich wie in den anderen Golfstaaten besteht in Saudi-Arabien die Sorge, dass die schiitischen Minderheiten vom Iran aus instrumentalisiert werden könnten, um die saudische Königsfamilie zu stürzen und einen islamischen Staat nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran zu etablieren. Viele Schiiten fühlten sich von Ayatollah Khomeini angesprochen, indem er an die religiös Diskriminierten und Enteigneten appellierte, sich gegen ihre Herrscher aufzulehnen. Ähnlich wie die iranischen Gelehrten vor der Revolution, so kamen auch die schiitischen Religionsgelehrten in Saudi-Arabien mit den Ideen der 1960er- und 1970er-Jahre in Kontakt, die anstelle des schiitischen Quietismus einen aktiveren Ansatz für die Shia in Bezug auf das politische Geschehen forderten. Bereits im Jahr 1975 wurde die schiitische Oppositionsbewegung *Organization for the Islamic Revolution in the Arabian Peninsula* (OIR) von Ḥasan aṣ-Ṣaffār und Taufiq as-Saif gegründet. Diese konnte mit Blick auf die vorhandenen Diskriminierungen einerseits und aufgrund des revolutionär-religiösen Diskurses der OIR andererseits weite Teile der schiitischen Bevölkerung mobilisieren. Von zentraler Bedeutung für den Unmut war hierbei die Tatsache, dass viele Schiiten, die im Ölsektor arbeiteten, an dessen Profit kaum Teilhabe hatten. Die Islamische Revolution im Iran und das Auftreten Khomeinis wirkten als zusätzliche Katalysatoren für das folgende Aufbegehren. So nahmen im November 1979 mehrere Tausend Menschen an der alljährlichen schiitischen 'Āšūrā'-Gedenkfeier teil, während deren Verlauf sie wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung im saudischen Königreich forderten. Darüber hinaus wurde berichtet, dass Bilder von Khomeini gezeigt und antiamerikanische Parolen gerufen wurden, verknüpft mit der Forderung nach einem Stopp saudischer US-Kooperation. Es kam zu einer Ausweitung der Proteste, nachdem die saudische Polizei eingegriffen hatte. Dabei wurden einige schiitische Demonstrierende getötet – und es kam zur Beschädigung von Öl-Einrichtungen. Der Schaden verdeutlichte der saudischen Regierung die Brisanz der schiitischen Besiedlung, eines für das Königreich Saudi-Arabien wirtschaftlich bedeutenden Gebietes. Wiederholte Unruhen und Streiks bis in das Jahr 1981 hinein

veranlassten das saudische Königshaus dazu, gewisse Forderungen der Demonstrierenden aufzugreifen. Als Folge wurde u. a. in der Ostprovinz in die Bereiche „Infrastruktur“, „Gesundheit“ und „Bildung“ investiert und die ‘Āšūrā’-Prozessionen legalisiert. Gemäß FÜRTIG (2002: 38) zahlte sich diese „Zuckerbrot- und Peitschenpolitik“ aus. So änderte sich an der politischen Stellung der Schiiten nicht viel. Sie bekleideten weiterhin keine entscheidenden Positionen in der saudischen Regierung, dem Ministerrat oder dem wahhabitisch dominierten Gelehrtenrat. Darüber hinaus gingen die saudischen Sicherheitsbehörden hart gegen schiitische Oppositionsgruppen vor – und es fanden zahlreiche Verhaftungswellen statt. Andererseits wurden wirtschaftliche Anreize geschaffen, die dazu beitrugen, dass eine befürchtete großflächige Revolution der schiitischen Bevölkerungsminderheit in Saudi-Arabien ausblieb (DINKELAKER 2010: 192-196; FÜRTIG 2002: 36-38).

Als eine weitere Ursache für das Ausbleiben einer Revolution wird die Transformation der OIR von DINKELAKER (2010: 196-198) genannt, die sich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre hin zu einer gemäßigeren Organisation wandelt. Diese Mäßigung lässt sich mitunter auch auf die Gründung der saudischen Hizbollah zurückführen, eine radikalere und vom Iran aus finanzierte Oppositionsbewegung, die sich im Zuge der Pilgervorfälle von 1987²¹ etablierte. Aufgrund der starken Repressionen der saudischen Regierung gegen Oppositionelle konnte sich diese radikale Gruppierung hingegen nicht zu einer Massenbewegung entwickeln. Im Zuge des sogenannten Nationalen Dialogforums²² kam es zu Annäherungen zwischen Schiiten und Wahhabitiden, durch die sich das Verhältnis beider Seiten im Königreich Saudi-Arabien zeitweise verbesserte. Andererseits wurde es durch die jüngeren regionalen Entwicklungen seit 2003 belastet, die nachfolgend behandelt werden. Zentral hierbei ist die Herausbildung eines zum Teil konfrontativeren Diskurses der saudischen Schiiten gegenüber dem Königshaus. Dies zeigte sich etwa in erneut eskalierenden Zusammenstößen zwischen schiitischen Pilgern und saudischen Sicherheitskräften während der Pilgerfahrt von 2009. Der

²¹ Vgl. 2. Kapitel, Punkt 2.3.

²² Eine erstmals 2003 einberufene mehrtägige Konferenz, die in unterschiedlichen zeitlichen Jahresabständen verschiedene religiöse und politische Gruppen in Form eines Forums zusammenbrachte, um eine Kultur der internen Debatte über kontroverse Themen, wie z. B. religiösen Extremismus, die nationale Einheit oder Frauenrechte anzuregen. Es wurde mitunter aufgrund des äußeren und inneren Reformdrucks in Saudi-Arabien einberufen. Auch der Irakkrieg 2003 gilt als Katalysator, um die Auswirkungen der Situation der Schiiten im Irak auf die saudischen Schiiten zu kanalisieren, indem ihnen in Form des staatlich kontrollierten Dialogforums eine Stimme gegeben werden sollte. Kritik an dem Austausch mit Schiiten und Sufis gab es aus konservativen wahhabitischen Kreisen, aber auch aus anderen gesellschaftlichen Kreisen, die beklagten, dass das Forum keine realen Veränderungen hervorgebracht hat (DREWES 2010: 29-60; STEINBERG 2010: 139).

Gelehrte Nimr Bāqir Amīn an-Nimr war einer der bedeutendsten Verfechter dieser konfrontativen Haltung, der die gemäßigte Position Ḥasan aṣ-Ṣaffār kritisierte. Die religiöse Diskriminierung der Schiiten hängt darüber hinaus stark von der Umsetzungspraxis in den verschiedenen Regionen Saudi-Arabiens ab. Der Ausübung religiöser Praktiken kann beispielsweise in al-Qaṭīf mit etwa 90 Prozent schiitischer Bevölkerungsmehrheit nachgegangen werden. Dort werden Bauanträge für Moscheen auch meist genehmigt. In Gegenden hingegen, in denen mehr Sunniten leben, wie z. B. in ad-Dammām, der Hauptstadt der Ostprovinz, werden diese größtenteils abgelehnt. In Medina gilt ein Verbot für den Bau schiitischer Moscheen. Ähnliches trifft für die Religionsausübung der Schiiten in ad-Dammām zu. Religiöse Prozessionen in der Öffentlichkeit sind dort verboten. Die Rechtslage in Saudi-Arabien sieht vor, dass religiöse Praktiken nur im Einklang mit der wahhabitischen Auslegung des Islam öffentlich ausgeführt werden dürfen (DINKELAKER 2010: 196-212; STEINBERG 2010: 131-138).

Zum Abschluss dieses Kapitels lässt sich hervorheben, dass die bilaterale Rivalität von saudischer Seite aus seit der Islamischen Revolution von 1979 eine regionalpolitische Dimension sowie ein religiöses Element erhalten hat. In der Folgezeit hat die saudische Politik vielfach reaktiv auf die vom Iran aus wahrgenommene Bedrohung gewirkt. Dies wird insbesondere in der folgenden Darstellung der Geopolitik ersichtlich. Dennoch ist nicht zu verleugnen, dass der Ideologie des Wahhabismus eine grundlegende Rolle bei der Sichtweise auf die Schiiten zufällt. Die konfessionellen Differenzen lassen sich daher von wahhabitischer Seite aus bereits vor die Islamische Revolution datieren und spiegeln sich im Umgang mit den schiitischen Minderheiten während der saudischen Staatsgründungsphasen wider.

4. Geopolitik zwischen Rivalität und Annäherung

Im Folgenden soll der Fokus auf die geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten gelegt werden, die das bilaterale Verhältnis zwischen dem Iran und Saudi-Arabien nachhaltig prägen. In dieser Hinsicht werden die wichtigsten Ereignisse seit Anfang der 1980er-Jahre bis heute dargestellt.

4.1 Der Erste Golfkrieg

Ein Jahr nach der Islamischen Revolution des Jahres 1979 führte der Ausbruch des Ersten Golfkrieges zu einer starken Veränderung der regionalen Struktur und Machtverhältnisse. Der Krieg gilt als Katalysator für die zunehmende iranisch-saudische Rivalität. Dies manifestierte sich insbesondere an den Beziehungskonstellationen, die sich im Laufe des achtjährigen Krieges bildeten.

Der Erste Golfkrieg begann im Jahr 1980 mit dem Angriff des Irak auf den Iran unter der Führung von Ṣaddām Ḥusayn²³ (hiernach: Saddam Hussein). Die irakische Regierung beabsichtigte, den Iran militärisch und wirtschaftlich zu schwächen und sich selbst als regionalen Hegemon ins Spiel zu bringen. Territoriale Konflikte, wie z. B. der des Grenzflusses Ṣaṭṭ al-‘Arab bzw. Arvandrud, und der irakische Anspruch auf die erdölreiche iranische Provinz Ḥūzestān gelten als weitere Kriegsursachen.

Bereits vor dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges hatten sich Saudi-Arabien und der Irak aufgrund der iranischen Bedrohung einander angenähert.²⁴ Noch im Jahr 1979 unterzeichneten beide Staaten ein gemeinsames Sicherheitsabkommen. Aus iranischer Sicht wurde der Kriegsausbruch als Versuch zur Beseitigung der Islamischen Revolution interpretiert, der vom Irak und dessen Verbündeten, sprich Saudi-Arabien und dem Westen²⁵, verfolgt wurde (FÜRTIG 2002: 61-62; CHUBIN u. TRIPP 1996: 10).

Für Saudi-Arabien eröffnete der Erste Golfkrieg u. a. die Möglichkeit eines Regimewechsels im Iran. Die saudische Unterstützung des Irak setzte mit der zunehmenden Schwächung der irakischen Wirtschaft und der Befürchtung einer irakischen Niederlage ein. Ein Sieg Irans hätte möglicherweise eine direkte Konfrontation mit Saudi-Arabien oder gar einen Regimewechsel im Irak nach dem Vorbild der Islamischen Revolution bedeutet. Aus saudischer Sicht galt es, beide Szenarien zu verhindern. Saudi-Arabien übernahm daher eine führende Rolle bei der Mobilisierung finanzieller Mittel für den Irak. Im Verlauf des Jahres 1981 belief sich der Gesamtwert

²³ Mit dem Amtsantritt Saddam Husseins als Präsident im Jahr 1979 war die irakische Außenpolitik von einer vorherigen Isolation hin zu einem stärkeren Aktionismus umgestaltet worden, dessen Grundlage der Panarabismus war, der seit der Machtübernahme der Ba‘ṭ-Partei (hiernach: Baath) im Jahr 1968 erstarkt war.

²⁴ Aus saudischer Perspektive wurde die panarabische Politik der irakischen Baath als weniger gefahrenreich eingestuft als das von der Islamischen Revolution ausgehende Risiko.

²⁵ Aufgrund einer ausbleibenden Reaktion der Vereinten Nationen hinsichtlich des irakischen Angriffs auf den Iran wurde im Iran von einem Interesse des Westens an der Invasion ausgegangen (CHUBIN u. TRIPP 1996: 10).

dessen allein aus Saudi-Arabien auf etwa zehn Billionen US-Dollar (BORSZIK 2016: 35; FÜRTIG 2002: 63-65).

Die saudische Hilfe für den Irak manifestierte sich nicht nur an finanziellen Zugeständnissen, sondern auch an der Position, die das Königshaus in der OPEC vertrat, somit an der Ölpolitik des Landes. Um geringe Ölpreise zu erzielen und dadurch die iranische Wirtschaft zu schwächen, ließ die saudische Regierung von 1982 an ein Übermaß an Öl produzieren. Die politischen Motive überwogen an dieser Stelle die wirtschaftlichen, wie anhand der Ölkrise 1986 deutlich wurde (CHUBIN u. TRIPP 1996: 14).

Neben der Veränderung regionaler Bündnisse und Strukturen markierte der Erste Golfkrieg ebenfalls den Beginn direkter US-amerikanischer Einmischung und Militärhilfen in kriegerischer Auseinandersetzung. 1984 machte die saudische Regierung von dem amerikanischen *Airborne Warning and Control System* (AWACS) Gebrauch und attackierte zwei iranische Kampfflieger. Im selben Jahr begannen die USA und weitere westliche Partner, Seestreitkräfte in die Region zu entsenden. Nach 1986 kam es zu Zusammenstößen zwischen den USA und dem Iran. Die amerikanische Involvierung in das Kriegsgeschehen beeinträchtigte das Verhältnis zwischen der Islamischen Republik Iran und den USA nachhaltig, führte zu einer zunehmenden Entfremdung und verstärkte den iranischen Antiamerikanismus weiter. Die Phasen des sogenannten Tanker- und Städtekrieges sowie die Beteiligung internationaler Akteure gegen Kriegsende trugen mit zu der militärischen Niederlage Irans im Jahr 1988 bei. In diesem Zusammenhang bestätigte sich im Iran die Sichtweise, dass der Krieg primär als saudischer und westlicher Versuch galt, die Islamische Revolution zu beenden und die Herausbildung einer regionalen und islamischen Führungsrolle Irans zu verhindern (BORSZIK 2016: 38; CHUBIN u. TRIPP 1996: 10-12; FÜRTIG 2002: 66-70; WEHREY/KARASIK/NADER 2009: 16).

4.2 Innenpolitische Veränderungen in den 1990er-Jahren

Mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1988, das den Ersten Golfkrieg formal beendete, änderte sich die regionalpolitische Struktur am Golf erneut. Im Folgenden wird ersichtlich, dass es im Verlauf der 1990er-Jahre zu einer punktuellen Annäherung

zwischen der Islamischen Republik Iran und Saudi-Arabien kam. Dies ging neben den regionalen auch mit gewissen innenpolitischen Veränderungen einher.

Nach dem achtjährigen Krieg gegen den Irak befand sich der Iran in einer politischen, wirtschaftlichen wie auch in einer sozialen Krise, die u. a. durch die Kriegskosten, die sinkenden Erlöse aus dem Erdölexport, die Sanktionen sowie die hohe Inflations- und Arbeitslosenrate verursacht wurde. Zudem war das Land sowohl durch den Krieg als auch durch die Auswirkungen der Islamischen Revolution von 1979 auf das regionale und internationale Umfeld in eine umfassende Isolation geraten. Vor diesem Hintergrund und mit dem Tod des geistlichen Führers Khomeini im Jahr 1989 kam es zu Veränderungen und der Spaltung innerhalb der politischen Führungselite des Iran in einen sozialkonservativen rechten Flügel und einen wirtschaftsliberalen linken Flügel, dem der neue Präsident Rafsanjānī (hiernach: Rafsanjani) angehörte. Rafsanjani und der neue Rechtsgelehrte Khamenei verfolgten in den 1990er-Jahren einen pragmatischeren Ansatz für die Politik und Entwicklung der Islamischen Republik Iran. Dieser beinhaltete, dem Wiederaufbau des Landes Vorrang gegenüber dem Revolutionsexport zu geben sowie die Glaubwürdigkeit und das Ansehen des Iran regional und international zu stärken. Der Pragmatismus wurde von dem Nachfolger Rafsanjanis, Moḥammad Ḥatamī (hiernach: Khatami), in seiner Amtszeit ab 1997 weiterentwickelt und als Modellansatz ausgelegt. Dabei ging es darum, die Islamische Republik Iran und ihr globales Ansehen zu stärken, sodass das Land anziehend und attraktiv auf Muslime im Ausland wirkt. Die potenzielle Anhängerschaft, so die Theorie, sollte sich aufgrund der Attraktivität des Iran unweigerlich an diesem orientieren (BORSZIK 2016: 43-44, 80-81).

Vor dem Hintergrund der inneriranischen Veränderungen sollten die Beziehungen des Iran zu den arabischen Nachbarstaaten verbessert werden, eine Annäherung an die Golfmonarchien stattfinden, der Handel wiederbelebt und der neuen irakischen Bedrohung vorgebeugt werden (FÜRTIG 2002: 93-97). Die Invasion Kuwaits durch den Irak im August 1990 hatte zeitweilig sogar positive Auswirkungen auf die Stellung der Islamischen Republik Iran in der Region, was sowohl CHUBIN und TRIPP (1996: 18) als auch FÜRTIG (2002: 102) hervorheben. Dies ging einher mit einer verschobenen Gefahrenwahrnehmung in den Golfmonarchien, die sich von einer primären Konzentration auf den Iran hin zum Irak veränderte.

Die damit verbundene positive Auswirkung wird in folgendem Zitat deutlich:

Iraq's aggression against Kuwait was a kind of moral victory for Tehran over the Gulf Arab states who had encouraged Iraq in its war against Iran and bankrolled its war efforts (FÜRTIG 2002: 115).

Nach den zwei Golfkriegen stand auch das saudische Königreich unter Legitimationsdruck. Die innenpolitische Krise wurde durch mehrere Faktoren hervorgerufen, u. a. durch die einsetzende wirtschaftliche Rezession. Die Schwäche der saudischen Wirtschaft hing vor allem mit abnehmenden Einnahmen aus dem Erdöllexport zusammen, und das bedingt durch schwankende Ölpreise und einer sinkenden Nachfrage nach Öl in den Industriestaaten. Darüber hinaus hatten die Kriegskosten den saudischen Haushalt stark belastet.

Die saudische Wirtschaft ist in den Bereichen „Privatsektor“ und „Produktion“ durch eine Kapitalabhängigkeit von den Staatseinnahmen aus der Erdölwirtschaft gekennzeichnet. Im Verlauf der 1980er-Jahre musste vermehrt auf Staatsreserven zurückgegriffen werden, um die hohen Staatsausgaben bei kontinuierlich niedrigeren Einnahmen decken zu können. Es wurden zudem Kürzungen der Ausgaben vorgenommen, die u. a. das staatliche Wohlfahrtssystem betrafen. Derartige Maßnahmen verstärkten den vorhandenen Gegensatz innerhalb der saudischen Gesellschaft, zwischen einer kleinen, materiell gut gestellten und politisch teilhabenden Oberschicht und dem Großteil der Bevölkerung mit einem deutlich niedrigeren Bildungs- und Gesundheitszustand, einer minderen Lebenssituation im Allgemeinen. Die Arbeitslosenquote belief sich z. B. Anfang der 1990er-Jahre auf 12 Prozent. Hinzu kamen die innenpolitischen Gegner der proamerikanischen saudischen Politik, die islamistische Opposition, die sich ab Anfang der 1990er-Jahre zu konstituieren begannen (FÜRTIG 2002: 110-115; GAUSE 2010: 128-129; STEINBERG 2013: 71-79; WEHREY/KARASIK/NADER 2009: 17).

Die hier dargestellten innerstaatlichen Dynamiken wirkten sich zum einen auf den iranischen Politikkurs aus, der zumindest am Anfang den Eindruck eines zeitlich ausgesetzten Revolutionsexports vermittelte. Andererseits stand das saudische Königreich innenpolitisch unter starkem Legitimationsdruck, sodass das vorübergehende Nachlassen

der öffentlichen Diffamierungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran für die Al-Saud-Familie von Bedeutung war. Neben den hier genannten innenpolitischen Aspekten konnte die Annäherung beider Staaten auch als eine Konsequenz der verschobenen Bedrohungslage hin zum Irak verstanden werden. In Saudi-Arabien wurde nach dem Zweiten Golfkrieg die Gefahr eines irakischen Einmarsches aufgrund des Interesses Saddam Husseins an den Erdölfeldern als sehr real eingeschätzt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und dem Königreich Saudi-Arabien, die 1987 wegen der Vorfälle bei der Pilgerfahrt eingestellt worden waren, wurden im März 1991 wiederhergestellt. Diesem Ereignis folgte ein reger diplomatischer Austausch. Die *Organisation of Islamic Cooperation* (OIC) gilt darüber hinaus als Katalysator im Zuge der Annäherung zwischen beiden Staaten in den 1990er-Jahren. Im Oktober 1991 wurde zum ersten Mal ein ständiger iranischer Botschafter für die OIC ernannt. Die versöhnenden Tendenzen kulminierten in dem 1997 einberufenen OIC-Gipfel in Teheran, in dessen Zuge sich der saudische Kronprinz ‘Abdullāh b. ‘Abd al-‘Azīz as-Sa‘ūd und der neue iranische Reform-Präsident Khatami trafen.²⁶ Zwischen beiden Staaten gab es über die innen- und regionalpolitischen Aspekte hinaus auch eine Annäherung wirtschaftlicher Art. Diese stand in Zusammenhang mit dem gemeinsamen Interesse an einem stabilen Ölpreis. Im März 1999 begannen bilaterale Verhandlungen bezüglich einer gemeinsamen Koordination der Mengen an Erdölproduktion (FÜRTIG 2002: 103-107, 118-119; GAUSE 2010: 130-134; WEHREY/KARASIK/NADER 2009: 17-21).

4.3 Divergierende sicherheitspolitische Ansichten

Neben den Annäherungspunkten zwischen Saudi-Arabien und dem Iran in den 1990er-Jahren herrschen dennoch ungeklärte Themen auf beiden Seiten weiterhin vor. Aus saudischer Perspektive bleibt der Revolutionsexport ein delikates Thema – und es besteht weiterhin die Besorgnis über die iranische Einflussnahme auf andere regionale Staaten und die schiitischen Minderheiten. Dies hängt vor allem mit der Ambiguität iranischer Aussagen zusammen sowie mit den unterschiedlichen politischen Positionen

²⁶ Vgl. KRAMER, Martin (1997): The Islamic Summit in Tehran: Beyond the Hype. *The Washington Institute, Policywatch* 287. In: <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/the-islamic-summit-in-tehran-beyond-the-hype> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

innerhalb der iranischen Regierung selbst. Auf iranischer Seite äußerte das konservative Lager starke Kritik an dem pragmatischen Politikkurs Rafsanjanis und dem Reformkurs Khatamis. Der von Khomeini praktizierte Antagonismus zu Saudi-Arabien ist trotz Annäherungsschritten weiterhin präsent. Eine Normalisierung der Beziehungen zu den mehrheitlich proamerikanischen Golfstaaten wird von der internen Opposition als Geiselnahme des Iran durch die USA gewertet. Als eine Aufgabe der Ideale Khomeinis wird zudem der ausgesetzte Revolutionsexport erachtet. Sozialkonservative Politiker kontrollieren weiterhin wichtige Positionen innerhalb der iranischen Regierung und zielen durch ihre politische Einflussnahme auf eine Unterminierung der Reformer und ihrer außenpolitischen Öffnungsschritte hin (CHUBIN u. TRIPP 1996: 24-28; FÜRTIG 2002: 100, 123-126).

Neben diesem beiderseitigen Misstrauen sind es vor allem die unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich der regionalen Sicherheitsstruktur, welche die Differenzen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran aufrechterhalten. Mit Beendigung des Zweiten Golfkrieges dehnten die USA ihre militärische Präsenz und ihren Einfluss in der Region weiter aus. Die Angst vor der Invasion eines möglichen Aggressors änderte die Sichtweise über US-Militärbasen in den kleineren Golfmonarchien. Nach 1991 wurden sowohl in Kuwait, Bahrain und Katar als auch in den VAE US-Truppen und Militärausrüstung deponiert.²⁷ Innerhalb der saudischen Führung wurden sicherheitspolitische Fragen nach dem Zweiten Golfkrieg ebenfalls erneut thematisiert und mündeten in der bereits beschriebenen sicherheitspolitischen Kooperation mit den USA. Für die Islamische Republik Iran liegt der Hauptschwerpunkt auf der Bildung eines regionalen Sicherheitssystems, das westliche Akteure ausschließt – allen voran die USA – und auf Unabhängigkeit abzielt. Darüber hinaus geht es um die Verhinderung einer amerikanisch-saudischen Hegemonie bei der Sicherheitsstruktur für die Golfregion. Die iranische Führung arbeitete in den 1990er-Jahren darauf hin, sich in sicherheitspolitischen Fragen den Golfstaaten anzunähern. Die Unterzeichnung von Sicherheitsabkommen dieser Staaten mit den USA kam einem Rückschlag iranischer Ambitionen gleich (CHUBIN u. TRIPP 1996: 20-28; FÜRTIG 2002: 107, 122-131; GAUSE 2010: 127-132).

²⁷ Dies war ganz im Sinne der sogenannten *dual containment*-Politik der US-Regierung unter Präsident Bill Clinton, deren erklärtes Ziel die Eindämmung der Staaten Irak und Iran war. Als Legitimationsgrundlage wurde der Vorwurf geäußert, dass beide Staaten nach Massenvernichtungswaffen streben und Terrornetzwerke unterstützen würden. Ziel der Strategie war es, einen Regimewechsel in beiden Staaten herbeizuführen.

Seither hat sich die iranische Führung um alternative Sicherheitsbeziehungen bemüht, so z. B. um eine Vollmitgliedschaft in der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO), deren größte Mitgliedstaaten Russland und China sind. Daneben werden außerdem Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten geknüpft, wie etwa zu Venezuela und Kuba, die mitunter auf der gemeinsamen antiamerikanischen Haltung beruhen. Die Allianz zwischen dem Iran und Venezuela ist aus saudischer Perspektive vor allem aufgrund des Erdöls sehr brisant, da hierbei zwei Staaten mit großen Erdölreserven²⁸ zusammenkommen (MASON 2015: 107-117; ZEINO-MAHMALAT 2009: 5-6).

Die hier dargestellten divergierenden Ansichten hinsichtlich der regionalen Sicherheitsstruktur erschweren Annäherungsschritte zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Hinzu kommen neue Herausforderungen, die im Folgenden behandelt werden und zu einer weiteren Verschärfung des Antagonismus geführt haben.

Hinsichtlich der 1980er- und 1990er-Jahre lässt sich festhalten, dass die Entwicklung des iranisch-saudischen Verhältnisses einerseits von einer dominierenden Rivalität geprägt war; andererseits gab es Raum für eine kurze Annäherung über eine punktuelle Zusammenarbeit. Ein einflussnehmender Faktor ist die Situation im Irak. CHUBIN und TRIPP (1996: 39) wie auch FÜRTIG (2002: 145) weisen für die genannte Periode auf ein Interessendreieck zwischen den drei Staaten Irak, Iran und Saudi-Arabien hin. Dieses manifestiert sich in einem Machtgleichgewicht, das geprägt war von dem Streben jeder einzelnen Macht nach regionaler Hegemonie.

Wie bereits dargestellt wurde, beeinflussen innenpolitische Entwicklungen und die Positionierung zu anderen regionalen und internationalen Staaten das iranisch-saudische Verhältnis. Hierbei ist es wichtig, die Beziehung beider zu den USA zu betonen. Solange im Iran die Überzeugung vorherrscht, dass die saudische Politik von den USA diktiert wird sowie der amerikanisch-iranische Dualismus besteht, kann nur schwerlich eine Vertrauensbasis zwischen beiden Akteuren geschaffen werden. Auch der Konflikt über die Deutungshoheit in islamischen Fragen ist trotz beiderseitiger Bemühungen in der OIC oder dem Einsatz für einen reibungsloseren Ablauf der Pilgerfahrt weiterhin vorhanden. Vertreter des konservativ-religiösen Lagers in beiden Staaten versuchen, die religiös

²⁸ Während Venezuela über die weltweit größten nachgewiesenen Erdölreserven verfügt, sind die Ölreserven des Iran die viertgrößten der Welt. Zudem hat die Islamische Republik Iran die zweitgrößten Gasvorkommen (vgl. CORDESMAN, Anthony H. [2016]: *Stability and Instability in the Gulf Region in 2016: A Strategic Net Assessment*. Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies [CSIS], S. 1-317, S. 55.)

bedingten Unterschiede besonders zu betonen und für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

4.4 Die zunehmende Konfessionalisierung seit 2003

Nachdem die bilateralen Beziehungen in den 1980er- und 1990er-Jahren dargestellt wurden, soll ebenfalls die neuere Entwicklung zwischen beiden Staaten beleuchtet werden – hierbei vor allem die Ereignisse, die auf den Irakkrieg 2003 folgten. Dabei wird sich zeigen, dass es aufgrund neu belebter Interessenkonflikte zu einer verstärkten Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien gekommen ist, bei der es u. a. um die Themen „nukleare Proliferation“, „zunehmende Konfessionalisierung“ und „Ausweitung des islamistischen Terrorismus“ geht. Die jüngsten Protestbewegungen – der sogenannte Arabische Frühling – können als ein weiterer Katalysator im Zuge des intensivierten bilateralen Konflikts verstanden werden.

Der Irakkrieg 2003 gilt als einschneidendes Ereignis; er stellt eine Zäsur dar mit umfassenden regionalen Veränderungen. An dieser Stelle ist die Einschätzung von CHUBIN und TRIPP (1996: 39) zutreffend, die bereits vor der 2000er-Wende konstatierten: „A weak Iraq intensifies Iran-Saudi rivalry.“

Mitunter als Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 deklarierte die US-Regierung unter George W. Bush den „War on Terror“, dessen Ziel die umfassende Terrorbekämpfung und anschließende Demokratisierung des Nahen Ostens war. Der offiziell von März bis Mai 2003 andauernde Irakkrieg war eine erste Maßnahme in dieser Hinsicht. Dieser wurde mit der Vorstellung der „Axis of Evil“ gerechtfertigt – eine Bezeichnung für als bedrohlich wahrgenommene Staaten wie der Irak, Nordkorea und auch der Iran.²⁹ Die US-amerikanischen Truppen wurden aber nicht als „Befreier“, sondern vielmehr als „Besatzer“ wahrgenommen und riefen deswegen den Widerstand der irakischen Bevölkerung hervor. Neben sunnitischen Widerstandsgruppen bildeten sich auch schiitische Bewegungen, wie z. B. die von Muqtadā aṣ-Ṣadr wiederbelebte Ṣadr-Bewegung mit ihren Ṣadr-Milizen bzw. der Mahdī-Armee. Diese und weitere schiitische

²⁹ Ähnlich wie bei der *dual containment*-Politik wurde auch hier damit argumentiert, dass diese Staaten Massenvernichtungswaffen anstreben, den internationalen Terrorismus unterstützen und den Weltfrieden bedrohen würden. Die Regime müssten daher beseitigt werden, so der Tenor.

Gruppierungen, wie etwa der SIIC bzw. SCIRI³⁰, dem die sogenannten Badr-Brigaden unterstehen, oder die schiitische ad-Da‘wa-Partei, erhalten Unterstützung aus dem Iran und unterhalten Verbindungen zu den iranischen „Quds-Brigaden“, einer Einheit der Pasdaran. Enge Beziehungen zwischen Iranern und Irakern entstanden, weil z. B. unter der Herrschaft Saddam Husseins viele schiitische Iraker in den Iran geflohen waren.³¹ Der iranische Einfluss im Irak manifestierte und festigte sich im Jahr 2005 mit der Regierungsübernahme einer schiitisch dominierten Koalition (BORSZIK 2016: 122-130; GAUSE 2010: 148-149; MABON 2013: 68-70; STEINBERG 2010: 146-147).

Folglich sind ein deutlicher Einflusszuwachs und eine Machtausweitung der Islamischen Republik Iran im Irak zu konstatieren, die eine Bedrohung für das saudische Königreich darstellt. Die Saudis, so STEINBERG (2010: 146), befürchten, dass der Irak zu einem „iranischen Satellitenstaat“ werden und der Islamischen Republik dadurch eine stärkere Position in der Region zuteilwerden könnte. Grund zur Besorgnis ist nicht nur der Machtzuwachs und die damit verbundene Fähigkeit des Iran, Einfluss auf die zukünftigen Entwicklungen im Irak zu nehmen. Auch die Tatsache, dass die in Saudi-Arabien lebenden Schiiten zu den religiösen Zentren Nağaf und Kerbela im Irak eine enge kulturelle Bindung haben, beinhaltet eine gewisse Brisanz. Die Machtübernahme der irakischen Schiiten könnte einen unerwünschten Übertragungseffekt („Spill-over-Effekt“) auf die saudischen Schiiten haben. Die Unzufriedenheit der saudischen Regierung über diese Entwicklungen kommt in folgendem Zitat des Außenministers Sa‘ūd b. Faişal aus einer Rede in Washington 2005 zum Ausdruck:

We [the Western forces and Saudi Arabia] fought a war together to keep Iran from occupying Iraq after Iraq was driven out of Kuwait. Now we are handing the whole country over to Iran without reason.³²

Hierbei ist nicht nur die saudische Ablehnung der US-Zusammenarbeit mit der neuen schiitisch-kurdischen Koalition im Irak zentral, sondern auch die schwierige Lage,

³⁰ Vgl. 2. Kapitel, Punkt 2.3.

³¹ Saddam Hussein hatte im Irak die Grundlagen einer totalitären Diktatur geschaffen, alle politisch relevanten Positionen mit Baathisten und sunnitischen Familien- und Stammesangehörigen besetzt und war entschieden und systematisch gegen Schiiten und Kurden vorgegangen (vgl. FÜRTIG, Henner [2004]: *Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart*. München: Verlag C. H. Beck).

³² Vgl. COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS 2005: <http://www.cfr.org/radicalization-and-extremism/fight-against-extremism-search-peace-rush-transcript-federal-news-service-inc/p8908> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

die sich für die Saudis aufgrund dieser Konstellation ergab. Die Unterstützung sunnitischer Widerstandsgruppen liegt im ureigenen Interesse Saudi-Arabiens. Dies steht jedoch diametral zu den US-Interessen. MABON (2013: 69) deutet an, dass der saudische Einfluss im Irak schwer zu erfassen ist, spricht jedoch von vereinzelt Belegen, die eine finanzielle Unterstützung Saudi-Arabiens für sunnitische Organisationen im Irak dokumentieren.³³ Viele Saudi-Araber schlossen sich außerdem dem von az-Zarqāwī seit 2004 geführten Ableger von al-Qāʿida an, der für zahlreiche Anschläge gegen Schiiten und schiitische Heiligtümer im Irak verantwortlich war. Das im Zuge der neuen US-Irak-Strategie ab 2007 aktivere Vorgehen gegen sunnitische und auch schiitische Milizen, wie z. B. al-Qāʿida oder die Mahdī-Armee, sowie die Verhandlungen mit sunnitischen Widerstandsgruppen und Stammesmilizen wurden in Saudi-Arabien zum Teil positiv aufgenommen und trugen zu einer temporären Beruhigung der bürgerkriegsähnlichen Lage im Irak bei (STEINBERG 2010: 131-150).

Dennoch: Seit dem US-Truppenabzug aus dem Irak im Dezember 2011 hat sich der iranische Einfluss im Land nochmals verstärkt. Die Marginalisierung der Sunniten durch die schiitische Regierung ist weiter vorangeschritten, die u. a. bedingte, dass viele Sunniten und ehemalige sunnitische Militärs sich dem von Abū Bakr al-Baġdādī im April 2013 ausgerufenen „Islamischen Staat im Irak und Großsyrien“ (ISIS, abgekürzt IS) (Dawlat al-Islām fī-l-ʿIrāq wa aš-Šām) anschlossen. Dieser entstand aus dem irakischen Ableger al-Qāʿidas und kämpft seither im Irak und in Syrien um das von ihm beanspruchte Territorium (HILTERMANN 2015: 19-23).

Die Entwicklungen im Irak verdeutlichen die Zuspitzung einer Tendenz, die bereits seit der Islamischen Revolution von 1979 – teils in stärkerer und teils in abgeschwächter Form – vorhanden war, und zwar die zunehmende Konfessionalisierung der politischen Debatte. Die innerislamischen Differenzen werden hierbei von politischer Seite aus instrumentalisiert. Dabei geht es zum einen darum, die jeweils andere Seite zu diffamieren und zum anderen darum, Kräfte gegen diese zu mobilisieren, um Einflusszuwächsen entgegenzuwirken bzw. den eigenen Machtbereich weiter auszudehnen. So zeigt sich mit einer Zuspitzung der regionalen Konflikte, wie z. B. im Irak, während des Libanon-Krieges 2006 oder in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen, auch die Intensivierung eines radikaleren Antischismus einerseits und die

³³ Vgl. COOPER, Helene (2007): Saudis' Role in Iraq Frustrates U.S. Officials. *The New York Times*. In: http://www.nytimes.com/2007/07/27/world/middleeast/27saudi.html?_r=0 (letzter Aufruf: 15.02.2017).

Dominanz ultrakonservativer Ansichten in der iranischen Außenpolitik andererseits, die sich beispielsweise in der Regierungszeit Aḥmadīnežāds (hiernach: Ahmadinejad) widerspiegeln. Erste Reaktionen auf diese zunehmend militante Konfessionalisierung waren in beiden Ländern an dem Aufbegehren der sunnitischen bzw. schiitischen Minderheit zu beobachten, wie z. B. im Jahr 2009 während der Pilgervorfälle oder der Anschläge auf die Pasdaran, die im Verlauf der vorliegenden Studie bereits Erwähnung fanden.

Die antischiitische Rhetorik lässt sich bis zur Revolution im Iran zurückdatieren und als eine Reaktion auf diese verstehen. BORSZIK (2016: 81) bezeichnet diese Entwicklung als „sunnitische Konfessionalisierung der iranischen Revolution“. In diesem Sinne kann die Wiederbelebung des historischen Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten als sunnitische Antwort auf die iranische Herausforderung interpretiert werden. Des Weiteren schreibt der Islamwissenschaftler:

Vor allem die wahhābītisch geprägte und tendenziell anti-schiitisch eingestellte politische Machtelite Saudi-Arabiens setzte seit der iranischen Revolution die verfestigten innerislamischen Differenzen als Instrument im Wettbewerb um die Übernahme einer regionalen Führungsrolle in der Golfregion ein. (BORSZIK 2016: 83)

Gemäß dieser Logik werden der Iran und die Shia als bedrohlich und gefährlich diffamiert, was sich besonders an den neueren Entwicklungen zeigt. Als schiitische Bedrohung wird vom sunnitischen Umfeld die zunehmende iranische Einflussnahme im Irak wahrgenommen. Auch die iranische „Achse des Widerstands“ (mehvarhāye moqāvēmat) stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Diese ist eine als tendenziell locker³⁴ beschriebene Allianz zwischen Iran, Syrien, der schiitisch-libanesischen Hizbollah und einigen sunnitisch-palästinensischen Gruppen wie der Hamas. In dem Zusammenhang prägte der jordanische König ‘Abdullāh den Begriff des „schiitischen Halbmondes“³⁵

³⁴ MASON (2015: 94) spricht von einer „relatively loose regional alliance“. POSCH (2013: 29) weist seinerseits auf das schwierige Verhältnis des Iran zur Hamas hin.

³⁵ In einem Interview mit der *Washington Post* warnte ‘Abdullāh:

If pro-Iran parties or politicians dominate the new Iraqi government [...] a new "crescent" of dominant Shiite movements or governments stretching from Iran into Iraq, Syria and Lebanon could emerge, alter the traditional balance of power between the two main Islamic sects and pose new challenges to U.S. interests

erstmalig im Jahr 2004. Die öffentliche Propagierung dieses Begriffs sollte einer Delegitimierung der iranischen Widerstandsrhetorik gleichkommen. In Saudi-Arabien beteiligen sich neben der Regierung auch die wahhabitischen Gelehrten am antischiitischen Diskurs und verstärkten die antischiitischen Vorurteile und Ressentiments innerhalb der Bevölkerung. Zusätzlich übernehmen die radikalen sunnitischen Gruppierungen die negative Propaganda und nutzen sie für ihre eigenen Zwecke (MASON 2015: 94; ZEINO-MAHMALAT 2009: 4-7).

Auf iranischer Seite ist die Widerstandachse ein ideologisches Konstrukt gegen den Westen und gegen Israel. Die engen Beziehungen zu Syrien gehen auf das bilaterale Bündnis gegen den ehemaligen irakischen Diktator Saddam Hussein zurück. Die iranische Außenpolitik erlangte mit dem Amtsantritt Ahmadinejads 2005 eine aggressivere Komponente. BORSZIK (2016: 194) bezeichnet dies als „aggressive Diplomatie“. Sie manifestierte sich z. B. an den Nuklearambitionen Teherans und an der Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms. Es wird gemutmaßt, dass das Nuklearprogramm bereits in den 1990er-Jahren unter Rafsanjani aufgenommen wurde. Es kann als die iranische Antwort auf die Ängste einer westlichen Einkesselung verstanden werden – symbolisiert durch proamerikanische Staaten und eine hohe US-Militärpräsenz in der Region. So zählt auch THRÄNERT (2003: 68) die Einkreisungsängste der iranischen Regierung zu einem der Motive, die der atomaren Aufrüstung des Iran zugrunde liegen. Die Herrschaftslegitimation nach innen und außen des neu aufgestiegenen konservativen Lagers um Ahmadinejad, die sogenannten Prinzipientreuen (oṣūlgarāyān), ist das Feindbild des Westens und Israels. Damit einher geht die Verteidigung des Iran und der islamischen Welt gegenüber diesem Feind. Die „Prinzipientreuen“ befürchten, dass die USA und der Westen mittels internationaler Maßnahmen und Forderungen nach einer Beschränkung des iranischen Nuklearprogramms einen Regimewechsel im Iran herbeizuführen planen. Vor diesem Hintergrund wird die potenzielle Nuklearwaffenfähigkeit angestrebt (BORSZIK 2016: 167-200; POSCH 2013: 28-29; THRÄNERT 2003: 67-72).

Die innerislamischen Differenzen spielen dabei auf iranischer Seite zunächst eine untergeordnete Rolle, zumal sowohl zur sunnitisch ausgerichteten Türkei als auch zur

and allies. (WRIGHT, Robin u. BAKER, Peter [2004]: Iraq, Jordan See Threat To Election From Iran. Leaders Warn Against Forming Religious State. *The Washington Post*. In: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A43980-2004Dec7.html> [letzter Aufruf: 15.02.2017].)

Hamas Beziehungen aufrechterhalten wurden. Jedoch werden die iranische Politik und insbesondere das Nuklearprogramm des Iran auf sunnitischer Seite als bedrohlich wahrgenommen. Die mit dem Atomprogramm einhergehenden iranischen Regionalmachtambitionen verstärkten die ohnehin schon stark politisierten religiösen Reaktionen in den sunnitisch dominierten Nachbarstaaten. In dieser Hinsicht sieht die saudische Führung das iranische Atomprogramm als Ausdruck der angestrebten regionalen Dominanz des Iran und als ein zukünftiges Druckmittel der Islamischen Republik in der Region, um die geopolitischen Entwicklungen im Sinne Teherans zu lenken. Dennoch soll an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, dass die Wahrnehmung der iranischen Politik in den Nachbarländern zum Teil differenziert ausfällt und hier lediglich der dominante Diskurs wiedergegeben wird. Vor allem die politischen Positionen Ahmadinejads und dessen öffentliches Auftreten wurden in einigen Bevölkerungsgruppen in der Region durchaus begrüßt und positiv aufgenommen (AKBARI 2010: 58-70; STEINBERG 2010: 143-145).³⁶

4.5 Intensivierte Rivalität im Zuge des „Arabischen Frühlings“

Nachdem die Hintergründe der verstärkten Konfessionalisierung im Nahen Osten seit 2003 und die Beteiligung Saudi-Arabiens und Irans an diesen Entwicklungen aufgezeigt wurden, soll abschließend der Fokus auf die jüngsten Ereignisse – beginnend mit dem „Arabischen Frühling“ – gerichtet werden. Mit dem Ausbruch der Proteste in der arabischen Welt wurde deutlich, dass sich die Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien weiter zugespitzt hat. Im Folgenden wird ersichtlich, dass ihre divergierenden Interessen (u. a. im Jemen, in Bahrain und Syrien) zu einer Intensivierung der nationalen Konflikte führten.

Die Umbrüche in der arabisch-islamischen Welt, die mit den Aufständen 2011 in Tunesien (sog. Jasmin-Revolution) begannen, wurden von der iranischen Führungselite als Fortführung der Islamischen Revolution von 1979 interpretiert und als das „islamische Erwachen“ (*bīdārī-ye eslāmī*) bezeichnet, das auch den Iran Ende der 70er-Jahre in eine

³⁶ Vgl. hierzu MATTES, Hanspeter (2010): Die heterogene Wahrnehmung Irans in den arabischen Staaten: Für die einen „strategischer Partner“, für die anderen „aggressiver Hegemonialstaat“. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schīten in Nabost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 71-98.

Islamische Republik transformiert hatte. Das Konzept des „islamischen Erwachens“ wurde bereits vor 2011 propagiert. Dabei ist es von der Vorstellung gekennzeichnet, dass:

die arabische Welt von einer „Welle“ der politischen Hinwendung zum Islam erfasst worden sei, die auf eine Stärkung der regionalen Unabhängigkeit gegenüber dem Westen hinauslaufen würde. (BORSZIK 2016: 201)

Dieses erdachte Konzept diente in der Folgezeit als Grundlage für die Interpretation des „Arabischen Frühlings“. So predigte Khamenei im Februar 2011, dass es sich bei den Protesten in Tunesien und Ägypten um eben jenes Erwachen handle, das auch zum Sieg der Islamischen Revolution im Iran geführt hatte. Die Islamische Republik sei stets ein Vorbild und eine Inspirationsquelle für die islamischen Nachbarstaaten gewesen. Vor diesem Hintergrund wurden die Demonstrierenden, die „Entrechteten“ (mostaž'afin), in ihrem Widerstand gegen ihre jeweiligen Herrscher ermutigt. Der Sturz des als proamerikanisch und proisraelisch geltenden ägyptischen Machthabers Muḥammad Ḥusnī Mubārak wurde aus iranischer Sicht als Erfolg gedeutet. Die iranische Regierung beanspruchte einen Anteil dieses positiven Ergebnisses in Ägypten für sich. Noch im gleichen Monat wurde in Teheran eine Konferenz zum „islamischen Erwachen in der arabischen Welt“ einberufen, die auch die revolutionäre und islamische Führungsrolle Irans hervorhob (ALFONEH 2011: 36; BORSZIK 2016: 2-7; FÜRTIG 2014: 23-24).

In Saudi-Arabien wurde die Wahrnehmung, dass der Iran das Potenzial des „Arabischen Frühlings“ nutze, um seinen Einfluss in der Region auszuweiten und sich als revolutionäre Führungsmacht zu konstituieren, nun deutlich als Gefahr eingestuft. Spätestens seit 2011 ist eine Transformation der saudischen Außenpolitik zu beobachten, von tendenziell passiv bis hin zur Intention, ein aktives Gegengewicht zur Islamischen Republik Iran zu bilden. Es ist nun verstärkt von einer aggressiveren Außenpolitik die Rede (GUZANSKY 2015: 42).

Als Ursache für diese konfrontativere Haltung lässt sich ein schwindendes Vertrauen in die sicherheits- und ordnungspolitische Stärke der USA in der Region anführen, das sowohl von AL TAMAMY (2014: 196) als auch von ZEINO-MAHMALAT (2014: 42) hervorgehoben wird. Es wird gemutmaßt, dass sich zwischen Saudi-Arabien

und den USA eine neu entstehende Interessendivergenz abzeichnet. Die Vereinigten Staaten ziehen sich seit dem Amtsantritt Barack Obamas schrittweise aus dem Nahen Osten zurück und engagieren sich stärker im asiatisch-pazifischen Raum. Der Rückzug manifestiert sich hierbei z. B. am zögerlichen Verhalten der USA im Syrien-Konflikt. Daneben wurde deutlich, dass Saudi-Arabien im Zuge des „Arabischen Frühlings“ die Verfechter-Rolle des politisch-autoritären *Status quo* in der Region einnimmt, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen werden, und somit als Garant der alten Ordnung auftritt. Mit der verstärkten Annahme einer realen iranisch-schitischen Bedrohung nimmt auch die Notwendigkeit der Unterstützung sunnitischer Gegenbewegungen in der saudischen Wahrnehmung zu. Hinzu kommt ein gestärktes Selbstbewusstsein der saudi-arabischen Eliten. Zur Veranschaulichung trägt folgendes Zitat bei:

Saudi-Arabien sieht sich verstärkt in der Rolle einer Schutzmacht des sunnitischen Islam und droht damit die regionale Politik entlang einer fiktiven sunnitisch-schitischen Trennlinie zu spalten. (ZEINO-MAHMALAT 2014: 44)

Ein prominentes Beispiel ist in dieser Hinsicht auch die Ernennung Bandar b. Sulṭān b. Sa‘ūds zum neuen Chef des Auslandsgeheimdienstes im Jahr 2012, der als iranfeindlich und antischitisch gilt und stets eine harte Linie gegenüber der Islamischen Republik Iran propagierte (AL TAMAMY 2014: 194-196; ZEINO-MAHMALAT 2014: 41-47).

Neben dem Irak, wo die externe Einflussnahme tendenziell ungleicher ausfällt, werden im Folgenden der Jemen, Bahrain und Syrien als Länderbeispiele angeführt, anhand derer die Einflussnahme durch den Iran und Saudi-Arabien deutlich wird.

Über die iranisch-saudische Rivalität hinaus spielen im Jemen lokale Stammeskongflikte eine große Rolle. Die Ursprünge des jemenitischen Konflikts liegen mitunter in der Anfang 2000 von Ḥusayn Badr ad-Dīn al-Ḥūṭī formierten zaiditischen Widerstandsgruppe, die im Nordwesten des Landes mit Autonomieforderungen ihren Aufstand gegen den ehemaligen Präsidenten ‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥ begann. Die Leitlinie der Gruppe erinnert an den Antiamerikanismus und Antizionismus der Islamischen Revolution im Iran: „Death to America, Death to Israel, Damn the Jews, Victory to Islam.“ (SALISBURY 2015: 5). Der Konflikt weitete sich im Jahr 2009 aus, als die saudische Luftwaffe zur Unterstützung der jemenitischen Regierung die Ḥūṭī-Rebellen

(hiernach: Houthi) angriff. Jemenitische, saudische und westliche Vertreter beschuldigen den Iran der finanziellen und logistischen Ausstattung der Houthis. Es gibt Zweifel an dieser Darstellung, dennoch beeinflusst sie die saudische Wahrnehmung des Konflikts, die von einer iranischen Einflussnahme ausgeht. Das Königshaus ist zudem besorgt über die in Saudi-Arabien lebenden zaiditischen Gemeinschaften, die mit den jemenitischen Rebellen sympathisieren könnten. Nach dem „jemenitischen Frühling“ und dem Rücktritt des Präsidenten Saleh 2011 weitete sich der Konflikt 2014 zu einem Bürgerkrieg aus, in dessen Verlauf die Houthis 2015 bis zur Hauptstadt Şan‘ā’ und weiter zum Flughafen der Hafenstadt ‘Adan vordringen konnten. In diesem Zusammenhang wurde ein iranischer Parlamentarier zitiert, der artikuliert haben soll, dass Şan‘ā’ nun die vierte arabische Hauptstadt sei, die zur Islamischen Revolution gehöre.³⁷ Der Einflussgewinn der Houthis hatte eine arabische Intervention unter der Führung von Saudi-Arabien und den USA zur Folge. Mit dem Vordringen der Houthis bis zur Hafenstadt ‘Adan kann außerdem gemutmaßt werden, dass in Saudi-Arabien die Sorge vor einer Kontrolle der Meerenge im Golf von ‘Adan durch die zaiditischen Rebellen und indirekt den Iran vorherrscht. Die Meerenge ist für den saudischen Erdölhandel von zentraler Bedeutung (SALISBURY 2015: 1-12; STEINBERG 2010: 151-152).

Anlehnend an das jemenitische Beispiel soll auch die Austragung der iranisch-saudischen Rivalität in Bahrain kurz beleuchtet werden. Das iranische Interesse an dem Inselstaat sowie die dortige Bevölkerungsverteilung wurden im zweiten Kapitel beschrieben. Der schiitischen Auflehnung in den 1980er-Jahren konnte durch die Putsch-Aufdeckung entgegengewirkt werden. Dennoch führte die weiter bestehende politische und sozioökonomische Benachteiligung der Schiiten in Bahrain zu wiederholten Unruhen und von 1994 bis 1998 zu einer vierjährigen Protestreihe, die auch als „bahrainische Intifāda“ bezeichnet wurde. Auch während des sogenannten Arabischen Frühlings kam es zu Demonstrationen, die mehrheitlich von der schiitischen Opposition getragen wurden. Als diese sich auszuweiten drohten, erhielt die sunnitische Königsfamilie Al-Khalifa u. a. militärische Unterstützung aus Saudi-Arabien. Beide Herrscherfamilien unterhalten

³⁷ Im MIDDLE EAST MONITOR vom 27.09.2014 heißt es:

[...] Ali Reza Zakani, who is close to the Iranian supreme guide Ali Khamenei, said: “Three Arab capitals have today ended up in the hands of Iran and belong to the Islamic Iranian revolution”. He noted that Sanaa has now become the fourth Arab capital that is on its way to joining the Iranian revolution. (MIDDLE EAST MONITOR 2014: <https://www.middleeastmonitor.com/20140927-sanaa-is-the-fourth-arab-capital-to-join-the-iranian-revolution/> [letzter Aufruf: 15.02.2017].)

besonders enge Beziehungen zueinander. Die saudischen Truppen beendeten die Proteste gewaltsam. Die Regierung Saudi-Arabiens sowie das konservative Lager in Bahrain sehen in den Aufständen den Versuch einer iranischen Einflussnahme, um das sunnitische Regime zu stürzen. Von iranischer Seite aus wurde die saudische Intervention als Provokation verstanden. Im März 2011 kritisierte Khamenei, dass die saudische Truppenentsendung unter Duldung der USA eine deutliche und reale Einmischung in die Protestdynamik in Bahrain bedeute. Dem Iran dürfe keine Einmischung vorgeworfen werden, da es lediglich um moralische Unterstützung für die Demonstrierenden ging, anstelle eines realen Eingriffs wie im Falle Saudi-Arabiens und der USA. Diese gegenseitigen Anschuldigungen verstärkten die Spannungen zwischen Riyadh und Teheran nur noch weiter (BORSZIK 2016: 211; MABON 2013: 70-74; STEINBERG 2014: 20-23).

Zum Grad der Politisierung innerislamischer Differenzen schreibt STEINBERG (2014: 23), dass die Sunniten in Bahrain heute stärker antiiranisch und antischiitisch argumentieren. Er bekräftigt, dass der Konflikt in Bahrain deshalb immer deutlicher eine konfessionelle Dimension annimmt. Auch MABON (2013: 73) betont, dass die Konfessionalisierung durch die Ereignisse in Bahrain vorangetrieben wurde.

Zuletzt soll das Beispiel Syriens angeführt werden, wo sich die Verfolgung unterschiedlicher Interessen durch den Iran und Saudi-Arabien bisher am stärksten destabilisierend und eskalativ auf den Zustand des Landes ausgewirkt hat. Im Zuge des „Arabischen Frühlings“ kam es in Syrien ebenfalls zu Demonstrationen und Protesten, die u. a. den Rücktritt des Präsidenten Baššār Ḥāfīz al-Asad zum Ziel hatten. Im Verlauf der gewaltsamen Auflösung der Proteste entwickelte sich die Lage zunehmend zu einem Bürgerkrieg, der mittlerweile seit sechs Jahren andauert. Bereits Anfang 2012 erklärte die iranische Führung in einer Stellungnahme Khameneis öffentlich die Unterstützung des Asad-Regimes und mobilisierte mitunter die libanesische Hizbollah zur Verstärkung der syrischen Armee. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass sich die iranische Sichtweise auf den Aufstand in Syrien von der Haltung gegenüber den Protesten in den anderen arabischen Ländern deutlich unterscheidet. Die Vorgänge in Syrien wurden nicht als das „islamische Erwachen“ verstanden, sondern als eine amerikanisch-zionistische Verschwörung. Vor dem Hintergrund dieser Rhetorik wird deutlich, dass die Aufrechterhaltung des syrischen Bündnispartners und die damit verbundene

„Widerstandsachse“ von zentraler Bedeutung und hoher Priorität für die iranische Regierung sind. Auf saudischer Seite besteht das Interesse nach einer Auflösung der iranisch-syrischen Allianz und damit einhergehend nach einer Zurückdrängung des iranischen Einflusses in der Region sowie nach einer Beendigung der Widerstandsachse. Spätestens seit September 2013 – nach dem Einsatz von Chemiewaffen durch das syrische Regime – begann die saudische Führung mit der Unterstützung von syrischen Oppositionsgruppen in ihrem Widerstand gegen das Asad-Regime und zählt neben Katar und der Türkei zu einem der größten Geldgeber. Neben der säkularen Opposition werden auch radikalislamistische Gruppen finanziert, wie z. B. die „Armee des Islam“ (Ĝaiš al-islām). Die Stärkung dieser Kräfte hat eine Gesamtstärkung des islamistischen Extremismus zur Folge, was sich beispielsweise in der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) manifestiert (POSCH 2013: 30-31; STEINBERG 2014: 23-26; ZEINO-MAHMALAT 2014: 45-46).

Der IS stellt für alle Mächte in der Region eine besondere Herausforderung dar. Auch diesbezüglich werden gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien geäußert. So gibt die iranische Regierung an, dass das Erstarken des IS auf die finanzielle und ideologische Unterstützung Saudi-Arabiens für sunnitisch-radikalislamistische Gruppierungen zurückzuführen sei. Die saudische Führung ihrerseits sieht die Entstehungsgründe in der Unterdrückung der Sunniten im Irak und in Syrien und sieht hierfür die Islamische Republik Iran in der Verantwortung (SADJADPOUR u. TALEBLU 2015: 5).

Die hier illustrierten Entwicklungen nach 2011 verdeutlichen, dass sich infolge des sogenannten Arabischen Frühlings die iranisch-saudische Rivalität intensiviert hat und ein verstärktes Ringen um die Zukunft der Region festgehalten werden kann. Dies manifestiert sich u. a. in der Konfliktaustragung in den Nachbarstaaten. Die Länderbeispiele zeigen das Ausmaß der Instrumentalisierung des konfessionellen Elements für politische Zwecke. Es geht um die Verhinderung der Einflussausweitung des Rivalen bei zeitgleicher Aufrechterhaltung des eigenen Machtbereichs und der eigenen Bündnispartner. Diese werden in den bilateralen Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien mit hineingezogen. Die Rivalität zwischen beiden Staaten weitet sich dadurch aus. Es werden Ressentiments geschürt, die zuvor eine untergeordnete Rolle gespielt hatten, wie dies am Beispiel der bahrainischen Regierung deutlich wird. Auch

veranschaulichen die Länderbeispiele die Haltung der iranischen und saudischen Regierung gegenüber den Protestwellen. Während der Iran die Demonstrierenden unterstützt, versucht Saudi-Arabien den *Status quo* aufrechtzuhalten und die alten Machthaber zu stützen. Eine Ausnahme bildet hier Syrien.

In Bezug auf die Außenpolitik beider Rivalen lässt sich der Anspruch Irans auf eine islamische Führungsrolle hervorheben, der im Zuge des „Arabischen Frühlings“ verstärkt wurde, da ein regionales „islamisches Erwachen“ angenommen wird. Dieses wird auf die Auswirkungen der Islamischen Revolution von 1979 zurückgeführt. Im Wettbewerb um die islamische Führungsrolle setzt Saudi-Arabien die konfessionellen Differenzen als Instrument ein, und das mit weitreichenden Folgen, wie dies die vorliegende Studie zutage gefördert hat.

Eine Veränderung der Außenpolitik lässt sich aber besonders in Saudi-Arabien beobachten. In der Einleitung der Studie wurde auf die aggressive saudische Haltung bereits Bezug genommen. Saudische Politiker versuchen, verstärkt Druck auf den Iran auszuüben. Die Hintergründe dessen wurden in diesem Kapitel zusammenfassend dargestellt und bestätigen die formulierte Annahme. Es gibt Einschätzungen, dass der Iran Saudi-Arabien weniger stark als Bedrohung wahrnimmt, wie es andersherum der Fall ist. Trotz Deeskalationsbemühungen Ruhānīs gibt es dennoch einflussreiche konservative Stimmen im Iran, die ihre antagonistische Sichtweise gegenüber Saudi-Arabien äußern. So z. B. der Befehlshaber der Pasdaran, der das saudische Königshaus jüngst als eindeutigen Feind der Islamischen Republik deklarierte und der Verbreitung von Instabilität im Iran beschuldigte.³⁸

5. Schlussbetrachtung

Angesichts einer zunehmenden Eskalation der Konflikte und verstärkten Konfessionalisierung im Nahen Osten und Nordafrika wurde eingangs die Frage nach der Rolle der Regionalmächte gestellt. Die Untersuchungen im Rahmen dieser Studie haben gezeigt, dass die konfessionellen Differenzen durch die beiden rivalisierenden Staaten Iran und Saudi-Arabien intensiviert und politisiert werden. Sie unterliegen einer

³⁸ Vgl. KARAMI, Arash (2016): IRGC head calls House of Saud 'clear enemy' of Iran. *Al-Monitor*. In: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/07/irgc-head-saudi-arabia-clear-enemy-iran.html> (letzter Aufruf: 15.02.2017).

Instrumentalisierung für politische Zwecke. Dabei spielen sowohl innen- als auch außenpolitische Gründe eine Rolle.

Die Islamische Republik Iran beabsichtigte, nach der Revolution von 1979 gerechte islamische Systeme zu etablieren, um dadurch – dem Beispiel der iranischen Muslime folgend – die unterdrückten Muslime im Ausland zu befreien. Die Unterstützung des Iran für revolutionäre Ambitionen führte zu einer verstärkten Politisierung schiitischer Gruppen im Ausland, die sich teilweise radikalisierten. Zur Veranschaulichung wurden hier die Entwicklungen in Bahrain und Saudi-Arabien während der 1980er-Jahre skizziert. Auch die iranische Allianz mit der libanesischen Hizbollah ist Teil des iranischen Revolutionsexports und politisierte die libanesischen Schiiten. Die iranischen Aktivitäten nach 1979 verstärkten in den arabisch-sunnitisch geprägten Nachbarstaaten den Eindruck, der Iran beabsichtige, die alten Regime in der Region zu stürzen und eine „Schiitisierung“ voranzutreiben zum Zwecke der Ausweitung des eigenen Macht- und Einflussbereichs.

Die Entwicklungen wurden insbesondere in Saudi-Arabien als Ausdruck eines iranischen Expansionsstrebens perzipiert und als Bedrohung interpretiert, der es entgegenzuwirken galt. Hiervon zeugen etwa die saudische Unterstützung des Irak im Verlauf des Ersten Golfkrieges (1980-1988) oder die Gründung des GCC, die in dieser Studie illustriert wurden. Die Proteste saudischer Schiiten und die gewaltsamen Ausschreitungen im Zuge der Pilgerfahrt in den 1980er-Jahren verstärkten die Bedrohungsängste der saudischen Regierung noch zusätzlich. Diese begann ihrerseits sunnitische Widerstandsgruppen im Ausland zu unterstützen, um der Ausbreitung des iranischen Einflusses entgegenzuwirken. Dabei kommt der politische Zweck des Einsatzes von Religion zum Vorschein, denn es geht letztlich um Macht- und Einflussicherung.

Im Verlauf der 1990er-Jahre kam es zu einer temporären Verbesserung des iranischen Verhältnisses zu den arabischen Staaten, wovon auch die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Saudi-Arabien zeugte. Die Rolle des Irak bei der punktuellen iranisch-saudischen Annäherung wurde in dieser Studie bereits dargelegt. Der Regimewechsel im Irak 2003 und der Amtsantritt von Präsident Ahmadinejad 2005 verschlechterten das iranisch-saudische Verhältnis jedoch erneut. Mit der Machtübernahme ultrakonservativer Politiker im Iran kehrte auch die Revolutionsrhetorik wieder zurück. Der Irakkrieg 2003

wirkte darüber hinaus mobilisierend auf schiitische Gruppierungen und eröffnete dem Iran neue Möglichkeiten der politischen Einflussnahme.

Die Entwicklungen im Irak sind unter zwei Gesichtspunkten alarmierend für das saudische Königshaus: Einerseits besteht die Sorge, dass die Emanzipation der irakischen Schiiten die saudischen Schiiten erneut zum Aufbegehren ermutigen könnte. Andererseits wird ein iranischer Macht- und Einflusszuwachs befürchtet. Dadurch könnte der Iran in Zukunft über regionale Entwicklungen entscheiden und schiitische Bevölkerungsgruppen verstärkt gegen die herrschenden Regime aufbringen. Diese Ängste werden durch die iranischen Nuklearambitionen und die „Widerstandsachse“ intensiviert.

Die Belebung des konfessionellen Elements auf sunnitischer und schiitischer Seite in Politik und Gesellschaft hat seit dem Irakkrieg 2003 kontinuierlich zugenommen. Die Schiiten und das Schiitentum werden stärker als zuvor als Bedrohung für die innere und regionale Stabilität wahrgenommen. Die religiösen Empfindungen und konfessionellen Differenzen werden dabei intensiviert. Wie gezeigt wurde, ist dies anhand der Rhetorik in den sunnitisch dominierten Staaten klar erkennbar. In diesem Zusammenhang wurden Begriffe wie der des „schiitischen Halbmondes“ oder der der Schiiten als „fünften Kolonne Irans“ geprägt. In Saudi-Arabien wird der antischiitische Diskurs von zwei offiziellen Seiten propagiert: Zum einen stellt das saudische Königshaus den iranischen Expansionismus und das Nuklearprogramm als Sicherheitsrisiko dar. Zum anderen beteiligen sich die wahhabitischen Gelehrten an der Debatte, welche die religiösen Unterschiede betonen. Dabei werden Schiiten als „Ungläubige“ deklariert und ihre Praktiken als „polytheistisch“ bezeichnet. Diese Rhetorik wird u. a. von sunnitischen Jihadisten aus Saudi-Arabien aufgegriffen.

Während die Konfessionalisierung vor allem von sunnitischer Seite besonders hervorgehoben wird, ging es der iranischen Regierung unter Präsident Ahmadinejad mehr um einen gestärkten Iran im Kampf gegen den Westen und gegen westlich gesinnte Staaten in der Region. Das Nuklearprogramm ist Ausdruck iranischer Einkreisungsängste und des Versuchs, nach vollständiger Unabhängigkeit zu streben. Beziehungen zur Hamas oder Türkei zeugen davon, dass der Fokus nicht primär auf den innerislamischen Differenzen liegt. Trotzdem spiegeln sich die konfessionellen Unterschiede in der Politik gegenüber den im Iran lebenden sunnitischen Minderheiten wider, die in der vorliegenden Studie im Einzelnen dargelegt wurden. Andersgläubige Minderheiten erleben alltägliche

Diskriminierungen und werden teilweise gezwungen, zur schiitischen Staatsreligion überzutreten. Ähnlich wie in Saudi-Arabien die Sorge vor einer Instrumentalisierung der saudischen Schiiten durch den Iran herrscht, so behaupten iranische Politiker ihrerseits, dass die sunnitischen Minderheiten von Saudi-Arabien und dem Westen zu Aufständen ermutigt werden. Auch die Wahrnehmung der Wahhabiten im Iran verdeutlicht, inwieweit der innerislamische Konflikt eine Rolle spielt.

Die Rivalität und die konfessionellen Differenzen haben sich im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings weiter zugespitzt. Wie gezeigt wurde, weitete sich der iranisch-saudische Konflikt auf die Nachbarstaaten aus und wurde z. B. in Bahrain, im Jemen und in Syrien ausgetragen. Dabei werden die Ressentiments der verschiedenen Akteure geschürt und führen zu einer Entfremdung schiitischer und sunnitischer Gruppen in den einzelnen Ländern. Der Wettbewerb um die islamische Führungsrolle verstärkte sich mit den Protestwellen, da der Iran die Aufstände als Fortführung der Islamischen Revolution von 1979 auffasst. Saudi-Arabien versucht, diesem Anspruch mit einer aggressiven Außenpolitik, mit „gegenrevolutionären Maßnahmen“ und mit einer politisierten Konfessionalisierung entgegenzuwirken.

Am Ende der Studie erscheint noch erwähnenswert, zwei Einschätzungen zu den tatsächlichen Führungsqualitäten beider Staaten wiederzugeben. So schreibt FAATH (2010b: 227), dass ein breiter schiitischer und vom Iran angeführter Aufschwung unwahrscheinlich bleibt, da die einzelnen schiitischen Gruppierungen untereinander zu sehr gespalten sind. Die auf sunnitischer Seite hervorgehobene schiitische Bedrohung entspricht demgemäß nicht der Realität, da der Einfluss Irans auf die Schiiten im Ausland begrenzt bleibt. Dennoch ist hinzuzufügen, dass der vom Iran etablierte Klientelismus sehr ausgeprägt ist – und das Land damit durchaus politischen Einfluss auf die Entwicklungen in den Nachbarstaaten nehmen kann. Die schiitischen Milizen im Irak sind besser aufgestellt und organisiert als das irakische Militär, was sich zum Großteil auf die Unterstützung aus dem Iran zurückführen lässt.

Auf der anderen Seite wird Saudi-Arabien nicht als Führungsmacht gesehen. Trotz einer dominanten Position innerhalb des GCC gibt es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten. Darüber hinaus wird die Politik der saudischen Regierung als reaktiv auf die regionalen Dynamiken beschrieben, anstatt selbst initiativ zu sein. Es fehlt eine breite gesellschaftliche Basis für

die Politik des saudischen Königshauses und, wie gezeigt wurde, es herrscht Uneinigkeit über die Effektivität des saudischen Militärs, und das trotz modernster Technologien (RICHTER 2014: 182). Die Einschätzung über Saudi-Arabien erscheint zutreffend. Hierfür spricht auch, dass das Land zwar eine islamische Führungsrolle beansprucht, doch aufgrund der sehr spezifischen Auslegung des Islam nicht für alle Muslime eintreten kann. Zudem stellt sich angesichts internationaler Konkurrenten die Frage, wie lange das saudische Königreich noch eine Erdölmacht bleibt. Und damit einhergehend ist unklar, wie die saudische Bevölkerung reagieren wird, sobald mit wirtschaftlicher Rezession auch staatliche Ausgaben gekürzt werden.

6. Quellenverzeichnis

- AKBARI, Semiramis (2010): Der Faktor Religion und Irans regionale Ambitionen im Nahen Osten. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 47-70.
- ALFONEH, Ali (2011): Mixed Response in Iran. In: *The Middle East Quarterly* 18, S. 35-39.
- AL TAMAMY, Saud Mousaed (2014): Saudi Arabia and the Arab Spring: Opportunities and Challenges of Security. In: FÜRTIG, Henner (Hg.): *Regional Powers in the Middle East: New Constellations after the Arab Revolts*. New York: Palgrave Macmillan, S. 191-208.
- AARTS, Paul u. NONNEMAN, Gerd (Hg.) (2005): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*. London: C. Hurst & Co. Ltd.
- BORSZIK, Oliver (2016): *Irans Führungsanspruch (1979-2013): Mission, Anhängerschaft und islamistische Konzepte im Diskurs der Politik-Elite*. Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- BRINKMANN, Stefanie (2010): Sunniten und Schiiten: Ursprünge und Dimensionen eines Konflikts. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 25-46.
- CHUBIN, Shahram u. TRIPP, Charles (1996): *Iran-Saudi Arabia Relations and Regional Order: Iran and Saudi Arabia in the Balance of Power in the Gulf*. Oxford: Oxford University Press.
- CORDESMAN, Anthony H. (2009): *Saudi Arabia: National Security in a Troubled Region*. Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies (CSIS).
- CORDESMAN, Anthony H. (2016): *Stability and Instability in the Gulf Region in 2016: A Strategic Net Assessment*. Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies (CSIS).

- DINKELAKER, Christoph (2010): Im Osten nichts Neues? – Zur Situation der Schia in Saudi-Arabien. In: FREITAG, Ulrike (Hg.): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, S. 189-220.
- DREWES, Frauke (2010): Das Nationale Dialogforum in Saudi-Arabien – Ausdruck politischer Reformen oder Stagnation? In: FREITAG, Ulrike (Hg.): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, S. 29-60.
- FAATH, Sigrid (2010a): Sunniten und Schiiten in Nordafrika/Nahost: Temporäres Beziehungstief oder wachsende Entfremdung? In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 11-24.
- FAATH, Sigrid (2010b): Sunniten und Schiiten in Nahost und Nordafrika: Eine religiöse Unterscheidung mit politischen Konsequenzen. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 205-234.
- FARQUHAR, Michael (2015): Saudi Petrodollars, Spiritual Capital, and the Islamic University of Medina: A Wahhabi Missionary Project in Transnational Perspective. In: *International Journal of Middle East Studies* 47, S. 701-721.
- FREITAG, Ulrike (Hg.) (2010): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag.
- FÜRSTIG, Henner (2002): *Iran's Rivalry with Saudi Arabia between the Gulf Wars*. Reading: Garnet Publishing Ltd.
- FÜRSTIG, Henner (2004): *Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart*. München: Verlag C. H. Beck.
- FÜRSTIG, Henner (Hg.) (2014): *Regional Powers in the Middle East: New Constellations after the Arab Revolts*. New York: Palgrave Macmillan.
- GAUSE, III, F. Gregory (2010): *The International Relations of the Persian Gulf*. New York: Cambridge University Press.
- GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (GFBV) (2013): *Minderheiten im Iran*, Göttingen.
- GUZANSKY, Yoel (2015): *The Arab Gulf States and Reform in the Middle East: Between Iran and the "Arab Spring"*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- HAAKH, Nora (2010): „Hüter der heiligen Stätten“ – Die Pilgerfahrt nach Mekka unter saudischer Herrschaft. In: FREITAG, Ulrike (Hg.): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, S. 237-262.
- HILTERMANN, Joost (2015): Irakische Schiiten ringen um politische Eigenständigkeit. In: *Inamo* 84, S. 19-23.
- JAFARI, Peyman (2010): *Der andere Iran. Geschichte und Kultur von 1900 bis zur Gegenwart*. München: Verlag C. H. Beck.
- MABON, Simon (2013): *Saudi Arabia and Iran: Soft Power Rivalry in the Middle East*. London: I.B. Tauris & Co. Ltd.
- MASON, Robert (2014): *Foreign Policy in Iran and Saudi Arabia: Economics and Diplomacy in the Middle East*. London: I.B. Tauris & Co. Ltd.
- MARSCHALL, Christin (2003): *Iran's Persian Gulf Policy: From Khomeini to Khatami*. London: RoutledgeCurzon.

- MATTES, Hanspeter (2010): Die heterogene Wahrnehmung Irans in den arabischen Staaten: Für die einen „strategischer Partner“, für die anderen „aggressiver Hegemonialstaat“. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 71-98.
- NONNEMAN, Gerd (2005): Determinants and Patterns of Saudi Foreign Policy: “Omnibalancing” and “Relative Autonomy” in Multiple Environments. In: AARTS, Paul u. NONNEMAN, Gerd (Hg.): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*. London: C. Hurst & Co. Ltd., S. 315-351.
- POSCH, Walter (2013): Dritte Welt, globaler Islam und Pragmatismus. Wie die Außenpolitik Irans gemacht wird. In: *Stiftung Wissenschaft und Politik*, SWP-Studie S 4, S. 1-33.
- PREUSCHAFT, Menno (2014): *Religion, Nation und Identität. Eine Untersuchung des zeitgenössischen saudischen Diskurses zum Umgang mit religiöser Pluralität*. Würzburg: Ergon-Verlag.
- RAMAZANI, R. K. (2013): *Independence without Freedom: Iran's Foreign Policy*. Charlottesville/London: University of Virginia Press.
- RICHTER, Thomas (2014): Saudi Arabia: A Conservative P(l)ayer on the Retreat? In: FÜRTIG, Henner (Hg.): *Regional Powers in the Middle East: New Constellations after the Arab Revolts*. New York: Palgrave Macmillan, S. 177-190.
- SADJADPOUR, Karim u. TALEBLU, Behnam Ben (2015): Iran in the Middle East: Leveraging Chaos. In: *FRIDE*, Policy Brief 202. <http://carnegieendowment.org/2015/05/27/iran-in-middle-east-leveraging-chaos-pub-60222> (letzter Aufruf: 15.02.2017).
- SALISBURY, Peter (2015): Yemen and the Saudi-Iranian ‘Cold War’. In: *Chatham House, The Royal Institute of International Affairs*, Research Paper, MENA Programme, S. 1-13.
- SANASARIAN, Eliz (2000): *Religious Minorities in Iran*. Cambridge: Cambridge University Press.
- SEIDENSTICKER, Tilman (2014): *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*. München: Verlag C. H. Beck.
- STEINBERG, Guido (2002): *Religion und Staat in Saudi-Arabien. Die wahhabitischen Gelehrten 1902-1953*. Würzburg: Ergon-Verlag.
- STEINBERG, Guido (2010): Saudi-Arabien, die Schiiten und die saudische Regionalpolitik. In: FAATH, Sigrid (Hg.): *Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., S. 121-154.
- STEINBERG, Guido (2013): *Saudi-Arabien. Politik, Geschichte, Religion*. München: Verlag C. H. Beck.
- STEINBERG, Guido (2014): Anführer der Gegenrevolution. Saudi-Arabien und der arabische Frühling. In: *Stiftung Wissenschaft und Politik*, SWP-Studie S 8, S. 1-29.
- TOHIDI, Nayerreh (2009): Ethnicity and Religious Minority Politics in Iran. In: GHEISSARI, Ali (Hg.): *Contemporary Iran: Economy, Society, Politics*. London/New York: Oxford University Press, S. 299-323.
- THRÄNERT, Oliver (2003): Atommacht Iran – was tun? In: *Internationale Politik* 8, S. 67-72.

- WEHREY, Frederic, KARASIK, Theodore W., NADER, Alireza u. a. (2009): *Saudi-Iranian Relations Since the Fall of Saddam: Rivalry, Cooperation, and Implications for U.S. Policy*. Santa Monica, CA: RAND Corporation.
- ZEINO-MAHMALAT, Ellinor (2009): Saudi-Arabiens und Irans Regionalpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. In: *GIGA Focus* 1. https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_0901.pdf (letzter Aufruf: 15.02.2017).
- ZEINO-MAHMALAT, Ellinor (2014): Saudi-Arabiens Rolle im Nahen Osten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 46, S. 41-47.

— IMPRESSUM —

Das KFIBS-Redaktionsteam:

- Dr. phil. Sascha Arnautović (verantwortlich)
 - Dr. phil. Eva P. Rakel
 - Jan Menzer, Dipl.-Pol.

Wichtiger Hinweis:

Die (Gast-)Autorin der vorliegenden Studie ist selbst verantwortlich für deren Inhalt. Das KFIBS e. V. übernimmt lediglich die Verantwortung für das abschließende Lektorat der Online-Beiträge auf der KFIBS-Website.